

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 21. Februar 1897.

Inserate die dreizehnpaltene Pettizeile oder deren Raum 30 S

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Statistisches zum Problem der Arbeitslosenunterstützung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Die Anträge zur Generalversammlung, Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1897. — Zum Frankfurter Protest gegen Wahlrechtsveränderung. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter Thüringens! — Achtung! Metallarbeiter des westlichen Westfalens! — Mg. Kr. u. St. d. Metallarb.: Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1897.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **München** (Landes) St. und **Schwelm** (Firma Behn) St.; nach **Dinglingen** in Baden und **Stuttgart** (C. Häppler) St.; von Gelbgießern, Drechern und Gießern nach **Hamburg** (Hess Söhne); von Klempnern nach **Leusburg** (Mechanische Fabrik Chr. J. Müller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Bielefeld** (Roh & Co.), **Stettin** (Waffenfabrik) St., **Frankfurt a. M.** (Kleber), **Stettin** (Störmer & Co.); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach **Frankfurt-Bodenheim** (Gebr. Buntz); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern u. Metallarbeitern aller Ver. nach **Lübeck** St.; von Klempnern nach **Offenburg** i. Baden (Blechnernmeister und Zinnallatur Adolf Burg); von Schlossern und Drechern nach **Halle** an der Saale (Maschinenfabrik Krebs); von Kesselschmiedern nach **Bassel** (Dentschel u. Sohn).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

I.

Mit der gegenüber dem dritten im vierten Quartal noch weiter gebesserten Geschäftslage hat das Jahr 1896 einen würdigen Abschluß erfahren. Das Lob des verfloffenen Jahres wird denn auch in allen veröffentlichten Geschäftsabschlüssen, Handelskammerberichten, Rückblicken u. gesungen. So lesen wir z. B. im Jahresberichte der Koblenzer Handelskammer: „Die im vorhergehenden Jahre eingetretene außerordentlich lebhaft nachgefragte nach den verschiedensten Industrieerzeugnissen hielt ununterbrochen an. Einen besonders guten Markt hatten die meisten Erzeugnisse des vielgestaltigen Metallgewerbes und die Folge war die dauernd gute Beschäftigung der Bergwerke, Fabriken und sonstigen der Eisen- und Stahlverarbeitung dienenden Anstalten. Bei dem stets flotten Geschäftsgang so vieler Hauptindustriezweige war an Arbeitsgelegenheit kein Mangel. Manches Bergwerk und manche Fabrik hätte gern mehr Arbeiter eingestellt, wenn sie nur zu haben gewesen wären.“ Also Mangel an Arbeitern und dennoch ist nirgends von den Uniernehmern aus freiem Willen eine Erhöhung der Arbeitslöhne oder sonstige Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gemeldet worden.

Im Jahresbericht der Düsseldorfer Börse wird die gesteigerte Nachfrage nach Roheisen wie nach Halbzeug betont. Das Roheisen Syndikat, auf neuer, verbesserter Grundlage wesentlich gekräftigt, setzte seine Preise in die Höhe und fand dabei willigen Abfah. Die Einfuhr von Roheisen nahm nicht unerheblich zu, auch die Stahlwerke setzten ihr Halbzeug flott ab. Der Mehrbedarf kommt vom heimischen Absatz, deshalb merke für die gute Beschäftigung eine längere Dauer als in den sehr kurzen Aufschwungsperioden der letzten Jahre erhofft. Ueber die Kohlenproduktion und die Absatz- wie Preisverhältnisse äußert sich der Bericht ebenso günstig. Um den Unannehmlichkeiten des Waarenmangels abzuhelfen, verlangt der Bericht vom preussischen Eisenbahnminister „eine größere Einschränkung der Sonntagsruhe“, welcher Wunsch hoffentlich keine Erfüllung findet.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hat eine bedeutende Vermehrung der industriellen Produktion bewirkt, die namentlich in der Eisenindustrie bedeutend ist. Die deutsche Roheisenproduktion betrug

1896 6 360 892 Tonnen gegen 5 788 798 T. in 1895, also um 488 194 T. mehr oder gleich 9 Proz.

Der Abrechnungsverkehr der Deutschen Reichsbank hat im Jahre 1896 mit 22 904 Millionen Mark die höchste Ziffer seit ihrem Bestande erreicht. 1890 betrug derselbe 17 891, 1892 16 762 und 1895 21 284 Millionen. Um wie viel ungünstiger das Wirtschaftsleben Englands im vorigen Jahre war als das in Deutschland, läßt der Vergleich des Verkehrs der deutschen Reichsbank mit dem des Londoner Clearinghauses, dem bekannten Weltinstitut, erkennen. Dessen Jahresumsatz betrug 1896 7574 gegen 7592, also um 18 Mill. Pf. Sterling (1 Pf. = 20 M.) weniger als 1895, während der Verkehr der Deutschen Reichsbank um rund 1620 Millionen 1896 mehr als 1895 betrug.

Analog der Steigerung des nationalen Verkehrs stieg auch der auswärtige, der Welthandel Deutschlands. Seine Waarenausfuhr betrug 1896 3631,62 (1895: 3424,79) Millionen, die Einfuhr 4573,44 (4246,11) Millionen Mark. Es haben also sowohl Einfuhr wie Ausfuhr im verfloffenen Jahre eine bedeutende Steigerung erfahren, erstere noch um etwas mehr als letztere. Der Menge nach beziffert sich die Einfuhr auf 36 407,51 (32 536,97) und die Ausfuhr auf 25 718,53 (23 829,65) Millionen T.

Während die deutsche Waareneinfuhr um 327 Millionen Mark sich vermehrte, fiel diejenige der Vereinigten Staaten von Nordamerika sogar um 121 Millionen auf 680 Millionen Dollars; dagegen stieg die Ausfuhr um 181 Millionen auf 1005,87 Millionen Dollars, so daß mit einem Ueberschuß von über 300 Millionen Dollars über die Einfuhr die Vereinigten Staaten wohl allein dastehen. Der Rückgang seiner Einfuhr hat seine Ursache in der andauernden und scharfen wirtschaftlichen Krise, die auch durch die Wahl Mac Kinley's zum Präsidenten nicht beieitigt wurde.

Die gute Wirtschaftslage in Deutschland war auch der Gründerthätigkeit sehr förderlich. Es wurden 182 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 268,58 gegen 161 mit 250,68 Millionen im Jahre 1895 gegründet. Die Metall- und Maschinenindustrie partizipiert daran mit 27,73 Millionen Mark. Die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung kommt mit 376 (1895: 287) Eintragungen mit zusammen 128,48 (149,71) Millionen Mark zum Ausdruck. Die Kapitalsumme ist also hier etwas zurückgegangen, was eine Vermehrung der kleinen Unternehmungen, aber immerhin mit 341 700 M im Durchschnitt ergibt.

Neben den Neugründungen von Aktien- und andern Gesellschaften ist noch von Bedeutung die Neuansgabe von Aktien oder Obligationen bestehender Gesellschaften. Dieselben betragen nach dem Kurswerthe 1896 2098,02 gegen 1281,04 Millionen im Jahre 1895, 1420,08 in 1894 und 1326,83 in 1893. Die Industrieunternehmungen partizipieren an diesen Emissionen mit einem erheblichen Antheil.

Was speziell die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie betrifft, so zeichnet sie sich auch im vierten Quartal 1896 durch weitere Preiserhöhungen und weitere reichliche Geschäftsaufträge aus. In der Düsseldorfer Börse wurde Ende Dezember der Preis für Spiegeleisen auf 65 M festgesetzt gegen 63 M Ende 1895, für Stahlblech auf 59-60 M (Ende 1895 58 M), für Hämmer auf 74 M (65), Luxemburger Puddeleisen 48,80 (44,80), Thomaßeisen 59,80 (57,20). Die Gußwaarenpreise wurden von der hannoverschen Elbe- und Harzgruppe im Dezember um 2 M, von der rheinischen Gruppe um 1 M und von der hessensch-nassauischen Gruppe des Vereins deutscher Eisengießereien ebenfalls um 1 M pro 100 Kilogramm erhöht. Der ostdeutsche-sächsische Hüttenverein erhöhte die Preise für emaillierte Artikel um 2 M per Doppelgermer.

Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt wurde Anfangs Oktober gemeldet: „Die neueren Preiserhöhungen, die nacheinander für Erze, Roheisen, Halb- fabrikate und Walzprodukte stattgefunden haben, konnten nicht überraschen, wenn man einerseits die lebhaft nachgefragte, andererseits die immer noch ungenügende Versorgung der Verkaufslager berücksichtigt. In der Klein-eisenindustrie sieht man nicht ohne Bedenken auf die neuerliche Erhöhung der Preise für Halb- fabrikate, sie kann diesen Erhöhungen nicht so schnell folgen, dazu kommt, daß die Arbeitsgelegenheit für Arbeiter jetzt so groß ist, daß überall die Löhne anziehen. Die Klein-eisenindustrie erzielt in den höheren Verkaufspreisen deshalb vielfach nicht eine Deckung für die vermehrten Selbstkosten. Die Beschäftigung ist aber auch in ihr recht zufriedenstellend, theilweise sehr gut und verspricht, nach der Lebhaftigkeit der Nachfrage in den letzten Wochen zu schließen, noch sehr an Umfang zu gewinnen, womit dann wahrscheinlich auch die Preise in ein besseres Verhältniß zu den vermehrten Selbstkosten einrücken werden.“

Im November wurde berichtet, daß Maschinen- und Kesselfabriken nach wie vor viel Arbeit haben und gute Preise erzielen. In Gußwaaren hat die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend nachgelassen. In der Klein-eisenindustrie ist für Drahtstücke ein Kluziehen der Preise wahrzunehmen, auch Meten erfuhren eine kleine Aufbesserung, überhaupt haben die Preise eine steigende Richtung eingeschlagen und werden besonders in Sub-missionen, wobei das ganze künftige Jahr in Frage kommt, höher gehalten. Die Beschäftigung ist durchweg sehr gut und die Frühjahrsaufträge kommen früher bei den Werken ein, als dies sonst der Fall war, ein Zeichen, daß auch die Käufer überzeugt sind, daß durch Zurückhaltung günstigere Kaufbedingungen nicht zu erzielen sind. Temperguß ist im Preise erhöht, ebenso sind die Preise für Schlösser heraufgesetzt. Für Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte werden die Preise sehr fest gehalten, für grobe Schmiedestücke um 1-2 M per 100 Kg. erhöht.

Im Dezemberbericht wird unter Betonung der fort-dauernden günstigen Geschäftslage bereits weitere Erhöhung der Preise für Walzprodukte für Januar oder Februar in Aussicht gestellt und auf die gleiche Frist auch das Zustandekommen des seit langer Zeit projektirten Syndikats der Grobblech-Walzwerke.

Ueber die Lage der Siegerländer Eisenindustrie im Dezember berichtet der Berg- und Hütten-männische Verein zu Siegen: „Der Markt in Siegerländer Roheisen ist auch im verfloffenen Monat unverändert günstig geblieben, obwohl nur wenige große Abschlüsse bethätigt wurden. Die Aufträge, welche im Dezember hereingeholt wurden, bestehen hauptsächlich aus kleineren Quantitäten, welche für Lieferung im ersten Semester ds. Js. gekauft worden sind und aus einigen größeren Mengen zur Lieferung im dritten Jahresviertel. Im Ganzen war das Geschäft in Folge der Feiertage und des bevorstehenden Jahreswechsels ruhig. Die Erzeugung der Hütten war in Folge des herrschenden Stoksmangels, der sich noch in Folge des Weihnachtstages verschärft, einige Tausend Tonnen geringer als im November, während der Versandt etwas stärker war. . . . Während die Walzwerke im Dezember vielfach über Mangel an Spezifikationen klagten, ist in der ersten Hälfte Januar eine größere Lebhaftigkeit im Feinblechgeschäft eingetreten. . . .“

Vom ober-sächsischen Eisenmarkt wurde Ende Dezember gemeldet: „Die Tendenz des Eisenmarktes ist unverändert; die Stimmung ist fest, doch bleibt das Geschäft im Allgemeinen ruhig, wie es der Jahreszeit und den in zweiter Hand befindlichen, immerhin noch sehr namhaften Quantitäten entspricht. Während in Roß- und Zwischenprodukten aller Art, sowie in größeren Handelsseifenarten der vorliegende Beschäftigungsgrad

unverändert befriedigend ist, macht sich dieser ruhigere Geschäftsgang in den feinen Eisensorten fühlbar; der vorliegende Arbeitsbestand hierin hat wesentlich nachgelassen, und vorerst scheinen keine Aussichten dafür vorhanden zu sein, daß sich der Absatz in diesen Produkten vor dem Frühjahr nächsten Jahres hebt. In fast allen anderen Artikeln sind die Werke in der Lage, in Ruhe der Zukunft entgegenzusehen, indem die bisher bewirkten Verkäufe bis zum Ende des ersten Quartals reichen. . . . Auch auf den Hohlwalzwerken, Stahlwerken usw. ist der Beschäftigungsgrad anhaltend sehr hoch, und die Aussichten für das nächste Jahr werden als gute bezeichnet. Im Blechgeschäft, besonders in Feinblechen, ist die nach dem Ende der Saison unvermeidliche normale Abschwächung eingetreten; immerhin ist der Bedarf der Stanzwerke, Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten usw. so hoch, daß Beschäftigungsmängel während der Wintermonate nicht zu befürchten sind."

Weniger glänzend, aber doch auch nicht schlecht liegen die Verhältnisse in Oesterreich, wie aus der nachfolgenden Schilderung vom Oktober ersichtlich ist. „Was den Verkehr an den heimischen Märkten anbelangt“, wird da berichtet, so ist das Geschäft in Konsumgegenständen zwar nicht außerordentlich lebhaft, doch weist es immerhin noch befriedigende Ausdehnung auf. Für Eisenwaren allerdings hat die Nachfrage in Folge der vorgehenden Saison wesentlich nachgelassen, doch sind die Werke darin immer noch gut beschäftigt und laufen auch noch Nachbestellungen ein. Auch in Konstruktionsarbeiten ist der Verkehr ruhig. Lebhafterer Begehrt ist in den letzten Tagen für Kleinereisenzeug zu Tage getreten, und zwar abgesehen vom Wiener Platz auch in Böhmen und Mähren, so daß die Lagerbestände hierin eine namhafte Reduktion erfahren. Die Fabrikanten sind mit den erzielten Preisen wohl im Allgemeinen zufrieden, doch müssen sie älteren Abnehmern vielfach Konzessionen gewähren. Schienenwerke und Maschinenfabriken sind ziemlich gut beschäftigt, doch wird auch hier, insbesondere seitens der letzteren, über unbefriedigende Preise geklagt. Einzelne Werkzeugfabriken berichten, daß der Export nach dem Orient etwas besser vor sich geht als im Vorjahre, und auch in Nägeln und Drahtstiften sollen belangreiche Verkäufe dahin stattgefunden haben; allerdings waren aber die Preise in Folge der ausländischen Konkurrenz nicht befriedigend. Was die Waggonfabriken anbelangt, so können dieselben mit der allgemeinen Situation ziemlich zufrieden sein. Seitens der ungarischen Regierung sollen zehn Jahre hindurch alljährlich 200 Lokomotiven, 2000 Güter-, 500 Personenwaggons und etwa 1/2 Million Wtr.-Ftr. Schienen angeschafft werden. Ende des Vormonats wurden bereits 1000 Stück Lastwagen bei den ungarischen Waggonbauanstalten in Auftrag gegeben. Auch in Oesterreich stehen größere Lieferungen in Eisenbahnbedarfartikeln in Aussicht."

Glänzend wie in Deutschland ist die Situation für die schwedische Eisenindustrie. Eine Anfangs 1897 darüber veröffentlichte Schilderung führt Folgendes aus: „Wie die deutschen Eisenpreise seit längerer Zeit in Folge guter Beschäftigung aller Zweige der Metallindustrie eine steigende Tendenz verfolgt haben, so sind auch auf dem schwedischen Eisen- und Stahlmarkt gegenüber dem Vorjahre Preissteigerungen zu verzeichnen, die schon für Hoheisen recht erhebliche sind, für Fertigstahl aber und ganz besonders für Stahl in noch härterem Maße sich geltend machen. Für die bessere Gestaltung und die feste und gesunde Lage des schwedischen Eisen- und Stahlmarktes, welcher vorher Jahre hindurch für die produzierenden Werke eine so ungünstige wie nie zuvor gewesen, ist in der Hauptsache anzuschuldigen die außerordentlich starke Beschäftigung der schwedischen Stahlwerke in Material für die Fahrzeugradfabrikation. . . . Auch die bewährten schwedischen Hoheisenmarken für Hartguß, Stahlguß und schmiedbaren Guß finden zu erhöhten Preisen schlanke Absatz."

Die Geschäftslage der englischen Eisen- und Kohlenindustrie ist lange Zeit noch ungünstig gewesen, da man in Deutschland bereits mitten im Aufschwung stand. In der zweiten Hälfte 1896, namentlich aber im vierten Quartal, hat sie sich nun ebenfalls sehr gebessert, sie dürfte hierin an Beharrlichkeit nicht hinter der deutschen zurückstehen. So hieß es in einem Oktoberbericht, daß Hoheisen durchwegs im Preise angezogen hat und zwar hauptsächlich in Sympathie mit der allgemeinen Lage des Eisen- und Stahlgeschäftes, welche sich in letzter Zeit bei der stetigen Zunahme der Aufträge weiter langsam gebessert hat. Die Tendenz ist entschieden zuzunehmen und in verschiedenen Branchen sind die Fabrikanten so gut mit Aufträgen versehen, daß sie nicht geneigt sind, sich auf entfernte Lieferungen zu den gegenwärtigen Preisen zu binden. In fabriktischem Eisen und Stahl, namentlich in letzterem, hat

sich das Geschäft weiter günstig gestaltet. Schiffbauanstalten und Stahlhüttenwerke sind gut beschäftigt. Der Preis für Stabeisen soll um 5 % erhöht werden. In den 11 Monaten Januar-November wurden 3 269 130 gegen nur 2 617 570 T. in der gleichen Periode 1895, also um 600 000 T. mehr verschifft. Der Export von Hoheisen nach Deutschland und Belgien stieg von 348 228 T. in der genannten Zeit 1895 auf 551 307 T. in 1896. Ende Dezember 1896 wird berichtet: „Die Werke sind gut beschäftigt und zumeist mit belangreichen Aufträgen für's neue Jahr versehen. In allen einzelnen Industriezweigen herrscht angeregte Thätigkeit zu lohnenden Preisen und die letzteren befinden eine noch ferner anziehende Tendenz. Neuerdings wurden erhebliche Schiffsbestellungen gemacht, und für Schiffsbau material zeigt sich andauernder Bedarf; ebenso besteht guter Begehrt für Eisenbahnmaterial, namentlich nach den überseeischen Ländern, speziell Japan. Die einheimischen Eisenbahngesellschaften waren schon vorher mit großen Aufträgen im Markt. Die Great Western Railway hat bei vier verschiedenen Werken 70 000 Tonnen Schienen im Ganzen bestellt. Die beabsichtigte Verschmelzung der Werke von Armstrong in Newcastle und Widdowson in Manchester erachtet man als ein Zeichen für die Anstrengungen, die gemacht worden, um die gegenwärtigen großen Ansprüche in Bezug auf die Lieferungszeit und rasche Abfertigung zu befriedigen. Hoheisen verkehrte in fester Haltung; die Verschiffungen von Middleborough per Dezember beliefen sich auf 80 000 T., eine für diesen Monat abnorm hohe Ziffer.“ Die Ankerschmiede erzielten eine Lohnerhöhung von 10 Proz. mit Rücksicht auf weitere gleiche Erhöhung im Februar und die Nagelschmiede eine solche von 12 Proz. ohne besondere Kämpfe."

In Amerika hat die Wahl des Schutzhülers Mac Kinley zum Präsidenten den erhofften Geschäftsaufschwung nicht gebracht. In der Stahl- und Eisenindustrie schwankte der Markt im vierten Quartal wie eine Wetterfahne. Den Meldungen auf Besserung der Situation folgten solche in gegentheiligem Sinne und umgekehrt. Verschiedene Eisen- und Stahlartikelle sind aneinandergefallen, die Versuche zur Neugründung solcher waren meist ergebnislos. Dagegen hat die große Carnegie-Gesellschaft bezüglich des Eisenerzes ein förmliches Monopol geschaffen, wovon die ganze Stahlindustrie abhängig ist; die kleinen Unternehmungen müssen sich entweder fügen oder auf ihre Weiterexistenz verzichten. Ende Dezember waren die Preise für eine Reihe von Produkten der Eisen- und Stahlindustrie niedriger als Anfangs Oktober. Während die Monatsproduktion an Hoheisen 1895 850 000 T. betrug, fiel sie 1896 auf 500 000 T. Wenn es in Amerika besser wird, ist wohl von dortigen Kennern der Verhältnisse selbst nicht anzugeben."

Statistisches zum Problem der Arbeitslosenunterstützung.

u. Die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung, wie sie der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach mehrjähriger Vorbereitung und reiflicher Ueberlegung vorschlägt, bedarf, da andere Mittel zu diesem Zwecke weder verfügbar sind, noch im benötigten Umfange verfügbar gemacht werden können, der unumgänglichen Beitragserhöhung, weshalb zuvor möglichst genau rechnerische Grundlagen aufzustellen sind, um die Höhe der erforderlichen Mittel und damit das notwendige Mehr an Beiträgen kennen zu lernen. Solche Berechnungen sind aber leichter geplant, als ausgeführt, ganz besonders in Deutschland, wo es bisher immer an ausreichenden statistischen Unterlagen fehlte und wo deshalb das erforderliche Material erst durch umfassende, mühsame Erhebungen beschafft werden muß. Und wenn man selbst vor dieser Aufgabe nicht zurückschreckt, so stellen sich bald trotz aller Mühen auch die Mängel der privaten Statistiken ein, daß sie gerade dort die bedauerlichsten Lücken aufweisen, wo sie am ehesten nutzbar zu machen wären, und zwar um so mehr, je mehr solche Erhebungen höhere Belastungen in Aussicht stellen und ihr Zweck den Einzelnen unpopulär ist. Das wird auch das Fazit der 1896er Arbeitslosenstatistik des Metallarbeiter-Verbandes gewesen sein, deren Resultate wir zur Stunde, wo wir dies schreiben, noch nicht kennen."

Da der Vorstand seine Unterlagen aus den Mitgliedsbeiträgen nicht erhielt, so mußte an Stelle derselben die Kombination, die Schätzung treten. Auch diese ist indeswegs so einfach, wenn sich die Mitgliederbewegung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit der näheren Kenntnis entzieht. Hätte der Verband ein ausgebreitetes und obligatorisches Arbeitsnachweissystem, wenn auch nur in den großen Städten, so

ließe sich durch dessen Frequenzzahlen der Schätzung zu Hilfe kommen; aber gerade in dieser Hinsicht sieht es am trübsten aus und die zu schaffende Arbeitslosenunterstützung soll es erst in näherer oder fernerer Zukunft dahin bringen, daß der Arbeitsnachweis wieder den Arbeitern gehört."

Man hat dann von der Inanspruchnahme der Reiseunterstützung Rückschlüsse auf den Umfang der Arbeitslosigkeit am Orte gezogen, indem man das Verhältnis zwischen Reise- und Ortsunterstützung in anderen Gewerkschaften, die bereits Arbeitslosenunterstützung zahlen, auf die Metallarbeiter übertrug. Aber auch dies ist nicht so einfach und führt leicht zu Täuschungen, denn die Verhältniszahlen sind in den 12 Gewerkschaften, welche 1895 Reise- und Arbeitslosenunterstützung zahlten, auch nicht annähernd dieselben, und ein Rückschluß, daß die spezifischen Verhältnisse der Metallarbeiter gerade dieser oder jener Gewerkschaft am ähnlichsten seien, ist immer ein gewagtes Ding. Der Vorstand zog in Nr. 3 gerade die Buchdrucker zum Vergleiche heran; hier stand 1895 der Aufwand für Arbeitslosen- zu dem für Reiseunterstützung im Verhältnis wie 7 : 8; bei den Gutmachern finden wir dasselbe wie 11 : 6, bei den Bildhauern wie 5 : 2, bei den Bräuern wie 1 : 1, bei den Buchbindern wie 15 : 8, bei den Handschuhmachern wie 2 : 1, bei den Zigarrenfortirern wie 3 : 1, bei den Kupferstämpern wie 5 : 8, bei den Formern wie 5 : 16, bei den Töpfern wie 14 : 13, bei den Glasern wie 5 : 8."

Wir sehen also die größten Differenzen; bei den einen überwiegt die Reise, bei den andern die Arbeitslosenunterstützung und zwar oft so bedeutend und unvermittelt, daß jeder Vergleich ausgeschlossen ist. Genauso entbehrt das Verhältnis in den einzelnen Gewerkschaften selbst zwischen den verschiedenen Jahren der Stetigkeit (ausgenommen die Buchdrucker), so daß es selbst da schwierig ist, den Gründen der Abweichungen nachzuspüren."

Wenn nun die Buchdrucker insofern günstige Verhältnisse aufweisen, als bei ihnen die Reiseunterstützung die der örtlichen Arbeitslosen überwiegt, so können wir daraus noch keinesfalls schließen, daß bei den zahlreichen Branchen der Metallarbeiter das Verhältnis das gleiche oder gar ein günstigeres wäre; wir haben vielmehr allen Grund zu der Annahme, daß hier die örtliche Arbeitslosigkeit höher ist, als die der Reise, weil zahlreiche Metallindustrien rein örtlichen Charakters sind und sich regelmäßig aus der ortsanfälligen Arbeitererschaft ergänzen, daher auch deren Arbeiter an der Reiseunterstützung wenig Interesse haben, desto mehr aber der Arbeitslosenunterstützung zuneigen."

Der Vorschlag des Vorstandes, wonach die Ortsanfälligen zu den reisenden Arbeitslosen wie 1 : 2 geschätzt werden, erscheint demnach als eine sehr unsichere Kombination, und es käme u. G. der Wirklichkeit weit näher, wenn wir das Verhältnis umkehren würden. Dafür sprechen auch andere Statistiken, so z. B. die 1893er Statistik des Holzarbeiter-Verbandes, welche von 7269 Arbeitslosen 4632 = 63,7 Prozent am Orte und nur 27,6 Prozent auf der Reise ermittelte. Hier handelte es sich in der Mehrzahl um Tischler etc., also Angehörige eines mit breitem Kleinhandwerk durchsetzten Berufes, der dem Wandern weit eher Vorzug leistet, als Großindustrien. Und es ist beinahe zur Gewißheit eines Naturgesetzes geworden, daß mit der Abnahme des Kleinbetriebs und mit der Zunahme der Großindustrie sich das Verhältnis zu Ungunsten der Arbeitslosigkeit am Orte in gleicher Weise verschiebt, wie das zwischen der Heranziehung gelernter und ungelerner Arbeiter."

Stehen wir also ruhig das Verhältnis um, indem wir auf jeden Reisenden 2 ortsanfällige Arbeitslose voraussetzen; demnach wird sich einerseits eine ansehnliche Entlastung der Reiseunterstützung zeigen, die aber mehr als paralytisch wird durch eine bedeutende Erhöhung der örtlichen Arbeitslosenunterstützung. Dies darf aber keineswegs vor der Einführung der letzteren zurückschrecken, denn gerade die Arbeitslosenunterstützung hält die Zugkraft des Verbandes für die Zukunft aufrecht und ist die sicherste Voraussetzung, um der Organisation auch bei dem eigentlichen Industrieproletariat, bei den festhaften Arbeitern der Großindustriebezirke Eingang zu verschaffen."

Schließlich ist aber auch zu berücksichtigen, daß die örtliche Arbeitslosigkeit fast nur während der Krisis so erschreckend hervortritt, dagegen während der Prosperität fast verschwindet und dann die Wanderlust überwiegt. Es ist also nicht gleichgültig, welches Jahr zum Ausgangspunkte der rechnerischen Unterlagen gewählt wird, und andererseits läßt sich überhaupt keine feste Regel für alle Jahre auch bloß für den einzelnen Beruf aufstellen. Wir können nur kalkulieren, daß wir

während der nächsten 2—3 Jahre, wenn nicht Hochsaison, so doch erträglichen Geschäftsgang erwarten dürfen und demnach der Aufwand für Arbeitslosenunterstützung ein mäßiger sein, vielleicht auch anfangs hinter dem für die Reiseunterstützung zurücktreten wird, daß aber mit dem Wiederbeginn der flauen Zeit der Aufwand für örtliche Unterstützung bedeutend steigt und den für Reiseunterstützung hinter sich zurücklassen wird. Dann freilich macht sich auch erst der organisatorische Werth der Arbeitslosenunterstützung geltend, indem er einer Mitgliederflucht vorbeugt.

Der Vorstand schätzt die Zahl der örtlichen Arbeitslosen, die nach 7tägiger Karenz zu unterstützen wären, auf 2500, und er nimmt für jeden Unterstützten gleich den Höchstbetrag mit 40 M in Vorbetracht. Das ist natürlich eine Kombination, die niemals ein treffen wird, da eben nicht Jeder 7 Wochen außer Stellung ist und in die üble Lage kommt, ausgestellt zu werden. Andererseits wird die Zahl von 2500 örtlich Unterstützten auch bloß für die günstigen Jahre, nicht aber für die Krisis ausreichen, und es wäre übel, wollte man bei einer Unterstützungseinrichtung, die nur für ungünstige Jahre ihren Hauptwerth äußert, bloß die günstigsten Jahresansprüche zu Grunde legen. Die Schätzung ist also hinsichtlich der Arbeitslosenzahl zu niedrig, hinsichtlich des Unterstützungsdurchschnittes entschieden zu hoch gegriffen; im Fazit gleicht sich Beides annähernd aus und so kann der berechnete Aufwand pro Kopf als ein Durchschnittssatz gelten, der in den ersten noch günstigen Jahren nicht erreicht, in ungünstigen Jahren dagegen überschritten wird.

Was nun die Frage nach dem Aufwand pro Mitglied und Jahr für die Arbeitslosenunterstützung betrifft, so ergibt ein Vergleich der Ausgabenposten derjenigen Organisationen, welche die Arbeitslosenunterstützung bereits eingeführt haben, folgendes: Diese Posten schwanken, wenn wir die bloß 50 J pro Tag zahlenden Brauer und Former außer Betracht lassen, zwischen 0,67 M (Glaser) und 8,37 M (Bildhauer), denen die Gutmacher mit 7,29 M und die Buchdrucker mit 5,09 M am nächsten stehen. Die Bildhauerei und Gutmacherei haben beide als Saisongewerbe unter regelmäßig wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu leiden, weshalb ihr höherer Stand für die Metallarbeiter ohne Bedeutung ist; aber auch bei den Buchdruckern ist die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen höher, weil hier durch die Sehlingszücherei die Zahl der Reiserkräfte erhöht wird, und weil der gelehrte Arbeiter lieber die Unbill einer längeren Stellenlosigkeit erträgt, ehe er zu einem anderen Berufe übergeht. Immerhin aber fehlte es bisher stets an einer Grundlage des Vergleichs für die Arbeitslosigkeitskosten der einzelnen Berufe, mittelst derer zu berechnen wäre, ob der eine oder andere Beruf ein höheres Arbeitslosenkontingent zu erhalten und darnach größere Mittel aufzuwenden hätte.

Mit der Publikation der Ergebnisse der beiden deutschen Arbeitslosenzählungen vom 14. Juni und 2. Dezember 1895 ist aber dieses Dunkel doch wenigstens einigermaßen gelichtet, und es ist uns darnach möglich, mit einigen Vorbehalten unserem Problem näher zu treten. Im Voraus ist zu bemerken, daß die beiden deutschen Arbeitslosenzählungen keineswegs den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit ermittelten, sondern nur den Tagesstand an den beiden Zählterminen, und hinsichtlich der Dauer auch nur die bis zum Zählungstage reichende Zeit, über die ja die tatsächliche Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen hinausreichte. Wir haben es also nur mit Tagesbildern zu thun, und es ist selbstverständlich, daß der Jahresstand der Arbeitslosen ein höherer sein muß. Aber uns interessieren nicht die absoluten Arbeitslosenziffern, sondern die relative Arbeitslosigkeitsgefahr und deren Durchschnittsdauer, und haben wir diese Operationsbasis, so läßt sich damit ein annehmbares Vergleichsergebnis erzielen.

Da die Berechnungen des Vorstandes von den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung bereits mehrfach angegriffen und in Zweifel gezogen wurden, so wollen wir nicht zögern, das reichsstatistische Material zur Nachprüfung heranzuziehen. Wir beschränken uns dabei auf die Gruppe „Metallverarbeitung“, fügen aber hinzu, daß die Gruppe „Maschinenindustrie“, in welcher zahlreiche Metallarbeiter thätig sind, relativ günstiger steht.

Es wurden an Arbeitslosen ermittelt in der „Metallverarbeitung“ am 14. Juni 1895: 20,834; am 2. Dezember 1895: 27,015. Davon waren wegen Krankheit arbeitslos im Sommer 8115, im Winter 10,917, so daß an Solchen, die aus anderen Gründen arbeitslos waren, im Sommer 12,719, im Winter 16,098 verblieben. Bei einer Gesamtzahl

von 719,775 Arbeitnehmern dieser Gruppe waren sonach im Sommertermin 1,76 Prozent, im Wintertermin 2,23 Prozent arbeitslos, und zwar kommen auf 100 Arbeitslose der Sommerzählung 126,57 im Winter. Damit haben wir zunächst noch nichts weiter erreicht, als daß wir den Arbeitslosenstand zweier einzelner, zufällig herausgegriffener Tage wissen, welcher zu dem des ganzen Jahres in ganz unbekanntem Verhältnisse steht. Dennoch haben diese Ziffern einen schätzbaren Vergleichswert, insofern wir auch den Tagesstand der übrigen Berufe kennen, und zwar den Tagesstand je eines Sommer- und Wintertermins.

Indeß ist auch hier ein Vergleich nicht ohne Vorbehalt möglich; es ist nämlich wohl zu untersuchen, ob die betreffende Zeit, in die die Zähltagel fielen, in den Arbeitslosigkeitschwankungen des betr. Berufes eine besondere Rolle spielt. So fällt der Wintertermin bei den Bildhauern bereits in die „tote Saison“, während das Umgekehrte bei den Bräuern der Fall ist, und in vielen Berufen lassen beide Termine den Höchstumfang der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht hervortreten. Vergleichen lassen sich daher nur die Berufe, die keine eigentliche tote Saison haben oder deren tote Saison wenigstens zum guten Theil in den Zählungen zum Ausdruck kommt. Darnach sei die relative Arbeitslosigkeitsgefahr derjenigen Berufe, deren Organisationen bereits Arbeitslosenunterstützung zahlen, nachfolgend dargestellt. Auf 100 Arbeiter kamen Arbeitslose:

	Sommer	Winter
Buchdrucker	2,75	2,58
Gutmacher	2,17	2,61
Bildhauer	4,00	13,52
Porzellanarbeiter	1,05	1,03
Brauer	2,04	3,02
Buchbinder	2,49	2,02
Töpfer	1,73	6,33
Handschuhmacher	0,97	1,16
Zigarrensortierer	0,81	0,94
Kupferschmiede	3,39	3,14
Glasarbeiter	0,82	0,84
Former	1,06	1,47
Glaser	2,86	2,77
Metallverarbeitung insgef.	1,76	2,23

Nehmen wir an, diese Ziffern repräsentirten für alle Berufe den gleichen gewissen Durchschnitt, so ergibt sich daraus, daß die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie relativ die der Bildhauer nicht entfernt erreicht, aber auch noch bedeutend hinter der der Gutmacher und Buchdrucker zurücksteht. Bei den Handschuhmachern wirkt der Einfluß der Mode verschiebend, wodurch sich der günstige Stand für 1895 erklärt, der auch in der geringen Höhe der Arbeitslosenunterstützung (3,61 M pro Kopf) zum Ausdruck kommt. Bedeutend höher ist auch die Arbeitslosigkeit bei den Kupferschmieden, und dennoch kamen dieselben mit 2,40 Aufwand pro Kopf davon. Gerade diese der Metallindustrie angehörige Branche ist mit unseren Verhältnissen am ehesten vergleichbar; ihre Organisation zahlt dieselbe Höhe der Unterstützung bei gleicher Karenz; ihr Aufwand pro 1895 zeigt uns, daß die Schätzung des Vorstandes auf 2,50 M Aufwand pro Kopf und Jahr für ein Jahr von dem Arbeitslosigkeitsstande 1895 eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist. Die Gutmacher zahlen höhere Tagesätze, die Buchdrucker für längere Dauer, so daß Beider Aufwand naturgemäß ein höherer sein muß, unbeschadet ihrer höheren Arbeitslosigkeitsgefahr.

Für die Fundirung der Arbeitslosenunterstützung brauchen wir aber auf die hohen Beiträge der Buchdrucker, Gutmacher, Bildhauer u. gar keine Rücksicht zu nehmen; es genügt bereits, den voraussetzlichen Mehraufwand zu kennen und denselben auf den Mitgliederbeitrag pro Kopf und Woche umzulegen. Ist es erwiesen, daß der Betrag von 2,50 Mk. pro Kopf und Jahr ausreicht nicht bloß für die günstigsten Jahre, sondern für ein Durchschnittsjahr, so wäre mit einer Beitragserhöhung um 5 J pro Woche auszukommen, vorausgesetzt, daß die Verwaltungskosten durch die Unterstützungseinrichtung nicht bedeutend erhöht werden. Und der Verband hat dabei den Vortheil, bei einer ganz geringfügigen Beitragserhöhung, die sicherlich nur die wenigsten Mitglieder zurückschreckt, eine Einrichtung zu schaffen, die Allen, vornehmlich den ortsanässigen Mitgliedern, gegen früher große Vortheile bietet. Sollte sich dann wirklich mit dem Herannahen der Krisis ein höherer Aufwand nöthig machen, der nicht auf anderem Wege zu beistreichen wäre, so werden, das hoffen wir sicher, die meisten Mitglieder unterdeß die Arbeitslosenunterstützung schon gelernt haben und für deren Weitererhaltung genau so eintreten, wie heute für die Reiseunterstützung, sei es durch weitere Erhöhung des Wochenbeitrags um 5 J oder durch Einschränkung des Unterstützungsbet-

zugs nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Denn da diese Unterstützung nicht zum Selbstzweck erhoben werden darf, um eventuell den Verband, wie manche Pessimisten voraussetzen, zum Bankrotten zu bringen, so ist auch die Beschränkung der Unterstützung zeitweilig nicht von der Hand zu weisen, wenn sich eine weitere Beitragserhöhung aus agitatorischen Rücksichten nicht empfiehlt.

Aber noch ein Anderes interessiert uns in Bezug auf das vorliegende Problem, nämlich die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit und der Familienstand der Arbeitslosen. Beide Fragen sind für den Bezug und die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wichtig, denn es ist einmal notorisch, daß unter den Arbeitslosen am Orte die Verheiratheten überwiegen, während die Ledigen mehr zu den Wandernden gehören; andererseits scheiden bei der Unterstützung die bis zu 7tägiger Karenz ohne Weiteres aus und auch für den Höchstbezug ist eine Grenze gesetzt. Darnach zeigt die amtliche Statistik folgendes. In der Gruppe „Metallverarbeitung“ waren am 14. Juni 1895 9186 = 72,83 Prozent, am 2. Dezember 1895 12,762 = 79,27 Prozent länger als 7 Tage arbeitslos. Es fallen somit für die Karenz ca. 25 Prozent in Betracht, welcher Antheil zu mancher Zeit geringer, zu anderer wieder höher sein mag, und auch hierbei zeigt die Gruppe „Metallverarbeitung“ ein besseres Verhältniß als die Buchdrucker, Gutmacher, Bildhauer, Porzellanarbeiter, Glasarbeiter, bei denen sämmtlich im Winter mehr als 80 Prozent über 7 Tage arbeitslos waren. Betrachten wir die einzelnen Dauergruppen, so waren von den Metallarbeitern arbeitslos: im Sommer: 1—7 Tage 12,01 Prozent, 8—14 Tage 22,17 Prozent, 15—28 Tage 12,45 Prozent, 29—90 Tage 22,69 Prozent, 91 und mehr Tage 14,52 Prozent, unbekannt 16,16 Prozent; im Winter: 1—7 Tage 13,39 Proz., 8—14 Tage 23,54 Proz., 15—28 Tage 16,31 Proz., 29—90 Tage 26,75 Proz., 91 und mehr Tage 11,87 Proz. und unbekannt 8,14 Prozent. Es überwiegt sonach die kürzer als vierwöchige Dauer, und so können wir in Abrechnung der 7tägigen Karenz eine vierwöchige Unterstützungsdauer als höchsten Durchschnitt in Betracht ziehen, woraus sich ein Durchschnittsbetrag von 20—25 Mk. pro Arbeitsloser ergäbe. Dieser Durchschnitt trifft indeß nur zu, wenn alle Arbeitslosen am Orte blieben und keiner auf Reisen gingen; da dies aber nicht der Fall ist und die Reiseunterstützung wesentlich billiger ist, so vermindert sich also obiger Durchschnittsbetrag noch ganz beträchtlich.

Was den Familienstand der amtlich ermittelten arbeitslosen Metallarbeiter betrifft, so waren ledig 66,11 Prozent, dagegen verheirathet oder verwittwet 33,89 Prozent, ein Verhältniß, das für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht ungünstig liegt, denn, wenn auch nicht alle Ledigen der Reiseunterstützung zugewiesen werden können, so werden sich doch anfänglich beide Unterstützungszweige hinsichtlich der Frequenz die Waage halten, so daß die Arbeitslosigkeit am Orte nicht allzu hohe Anforderungen stellt. Vorausgesetzt ist dabei, daß im Metallarbeiter-Verband das Verhältniß zwischen ledigen und verheiratheten Arbeitslosen ein ähnliches ist, was vielleicht heute, unter dem Vorzuge der Reiseunterstützung weniger, später aber, nachdem die Arbeitslosenunterstützung einen Ausgleich schafft, in höherem Maße zutreffen würde.

Ziehen wir demnach das Fazit aus unseren Untersuchungen, so kommen wir zu dem Schlusse, daß sich für's Erste, unter Zugrundelegung der mittleren 1895er Arbeitslosigkeitsfrequenz mit dem geforderten Mehrbeitrag von 5 J pro Woche die Arbeitslosenunterstützung sehr wohl einführen lassen wird, um so eher, als auch bei strenger Handhabung der Unterstützungsvorschriften der Aufwand für die Reiseunterstützung zweifellos zurückgehen wird. Da der deutschen Metallindustrie, die heute im Hochpunkt der Produktion steht, anscheinend noch mehrere günstige Jahre bevorstehen, so sind einerseits hohe Ausgaben für diese Unterstützung nicht zu erwarten, andererseits wird die geringfügige Beitragserhöhung weniger fühlbar empfunden. Unter diesen Umständen kann die Durchführung des Projektes nur warm empfohlen werden, da für dieselbe gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, wie kein anderer, geeignet ist. Der Einwurf, daß die Unterstützung der Klassenkampfatur des Verbandes nachtheilig wäre, ist nach der ganzen Vergangenheit des letzteren durchaus hinfällig und sollte im Ernste nicht mehr erhoben werden.

Berichtigung.

In dem Artikel über die Arbeitslosenstatistik in Nr. 7, Seite 2, muß es in Absatz 5, Zeile 2, statt „die Beendigung“ heißen: **Der Beginn** usw.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Dem § 16 Abs. 2 des Statuts entsprechend, bringen wir nachstehend die bei uns eingegangenen Anträge zur Generalversammlung in Braunschweig zur allgemeinen Kenntnis. Wir bemerken jedoch dabei, daß Anträge, die die Ablehnung von gestellten Anträgen bezwecken, also zur Geschäftsordnung gehörig sind, weggelassen werden mußten.

Anträge.

Drei grundsätzliche Feststellungen vor der Statutenberathung erfolgen muß.

I. Wanderunterstützung.

Frankfurt a. M., Bockenheim (Mechaniker). Abschaffung des Reisegeldes und demgemäß Streichung des § 2b und § 5 Abs. 1-7. Im Falle der Annahme dieses Antrages sind die Beiträge von 20 auf 15 \mathcal{M} herabzusetzen.

Magdeburg (alle Zettl.). Abschaffung des Reisegeldes.

II. Arbeitslosenunterstützung.

Vorstand. Den wöchentlichen Beitrag für männliche Mitglieder auf 25 \mathcal{M} und für weibliche Mitglieder auf 10 \mathcal{M} zu erhöhen, und unter Beibehaltung der bisherigen Leistungen des Verbandes für die ortsanhörigen Mitglieder eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Nesau, Frankenthal, Jena, Canstatt (Former und Allg.), **Rohrburg, Köln** (Allg.), **Oldenburg, Posen, Wilhelmshagen** und **Witten**. Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach Maßgabe des Vorstandsantrages.

Strasbourg. Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf wöchentlich 30 \mathcal{M} , für weibliche auf 10 \mathcal{M} .

Hamburg (Schloßer), **Hürnberg** (Allg.). Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf wöchentlich 30 \mathcal{M} .

Ludwigsburg. Erhöhung der Beiträge auf 25 \mathcal{M} pro Mitglied und Woche und Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenunterstützung; für Ledige (ob Heirats- oder nicht) von pro Tag 60 \mathcal{M} , für Verheiratete 1 \mathcal{M} .

Heine. Die Arbeitslosenunterstützung ist fakultativ (freiwillig) einzuführen und die Festsetzung der Höhe der Beiträge der Generalversammlung zu überlassen.

Schnigling-Doos. (Eventualantrag.) Bei eventueller Erhöhung der Beiträge durch die Generalversammlung ist die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Offenbach. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung wolle die III. ordentliche Generalversammlung in Braunschweig in Erwägung ziehen, ob es nicht thunlich sei, dem nächsten allgemeinen Gewerkschaftstongress einen dahingehenden Antrag vorzulegen, um eine allgemeine Arbeitslosenunterstützungskasse für organisierte Arbeiter aller Branchen in's Leben zu rufen.

Piel. Die Versammlung erkennt das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung an, hält jedoch eine allgemeine Erhöhung der Beiträge auf 25 \mathcal{M} nicht für angängig, sondern ist der Meinung, daß mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung auch zu dem System prozentualer Beiträge geübertreten werden muß.

III. Klassifizierte Beiträge.

Bremen. Klassenweise Erhebung der Beiträge, und zwar so:
Kl. 1: 35 \mathcal{M} Wochenbeitr. \mathcal{M} 1,50 Arbeitslosenunterst. p. Tag.
" 2: 25 \mathcal{M} " " \mathcal{M} 1,—" " " "
" 3: 15 \mathcal{M} " " \mathcal{M} 0,50 " " "
bis zum Höchstbetrag von 5 Wochen unter Wegfall des Reisegeldes.

Bresbrach. Klassenweise Regelung der Beiträge.

IV. Urabstimmung.

§§ 15, 16, 17.

Kaiserslautern, Görlitz, München (sämmliche Sektionen) und das **Niederrheinische Metallarbeiter-Konferenz** und das **Minglied Ritter-Dammor**. Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen.

Ettlingen, Mannheim und Görlitz. Ueber die Beitragserhöhung eine Urabstimmung vorzunehmen.

Gmünd, Schwab. Die Generalversammlung soll in Zukunft in Wegfall kommen und durch die Urabstimmung ersetzt werden. (Eventualantrag.) Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so soll die Generalversammlung nur alle 3 Jahre stattfinden.

Ursach. Bei einschneidenden Veränderungen für den Verband hat eine Urabstimmung stattzufinden.

Osnabrück. Rechte und Pflichten der Mitglieder, wie Erhöhung oder Herabsetzung der Beiträge werden durch Urabstimmung festgesetzt.

Karlsruhe. Beschlüsse der Generalversammlung, betreffend Beitragsleistung und Unterstützungsweisen sind den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.

V. Verbands-Organ.

Freiburg i. B. Das Obligatorium der Zeitung abzuschaffen und in Folge dessen die Beiträge auf 15 \mathcal{M} herabzusetzen.

Statuten-Änderungen.

§ 1.

Berlin. Statt: „und hat ihren Sitz in Stuttgart“ zu setzen: Berlin.

§ 2.

Vorstand. b) hinzuzufügen: „und Ortsunterstützung an Anhängige“.

Köln. b) hinzuzufügen: „und Arbeitslosenunterstützung“.

Frankfurt-Bockenheim (Mechaniker). b) zu streichen.

§ 3.

Leipzig (Einzelmitglieder). c) folgende Fassung zu geben: Unterstützungen der Mitglieder in Ausfällen bei Umzügen nach auswärts, sowie in allen Fällen, in denen eine Unterstützung zur Erreichung des Verbandszweckes notwendig ist.

§ 4.

Niederrheinische Konferenz. Rechtsnachbar ist zu gewahren bei allen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder durch die Arbeitgebergewerkschaft verwickelt werden.

Aachen. Folgende Fassung zu geben: freien Rechtschutzes in gewerblichen, sowie allen Streitigkeiten, welche aus dem Arbeitsverhältnis resultieren (als: Unfall-, Invaliden-, Altersrenten- und Krankenkassenfällen) sowie in allen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder uha.

§ 3 Abs. 2.

Regensburg. Hinter die Worte „den Beitritt gestatten“ einzuschalten: „jedoch können Mitglieder anderer inländischer Metallarbeiterorganisationen nicht zugleich auch Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein“.

§ 4.

Köln. Hinter den Worten „zu machen“ einzuschalten: oder bei einer der nächsten Verwaltungsstellen.

§ 3 (neu).

Lübeck. Die Aufnahme eines Kollegen wird fortan beim Vorstand beantragt. Dieser hat über sämmliche getrichtene, freiwillig ausgetretene, ohne Abmeldung abgereichte Mitglieder Listen zu führen. Bei einer eventuellen Wiederaufnahme eines getrichtenen Mitgliedes hat der Vorstand zunächst die im vorherigen Buche schuldigen 13 Wochenbeiträge von dem Betreffenden einzufordern, jedoch die sämmlichen Kosten (unter Voraussetzung des Vorhergehenden) inkl. Buch und einer Marke sich auf 4 \mathcal{M} belaufen.

§ 4.

Altenburg, Frankenthal, Halle, Lübeck und Posen. Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 \mathcal{M} .

Posen. Das Beitrittsgeld für weibliche Mitglieder auf 25 \mathcal{M} festzusetzen.

Breslau (Klempner). Für den Fall, daß die Arbeitslosenunterstützung bei 20 \mathcal{M} Wochenbeitrag nicht eingeführt werden kann, sind die Beiträge auf 15 \mathcal{M} herabzusetzen.

Beantragte Beitragserhöhung.

a) Ohne Arbeitslosenunterstützung.

Pielesfeld (Allg., Former und Klempner), **Charlottenburg**. Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 \mathcal{M} pro Woche.

Pielesfeld (Schloßer), **Lübeck** und **Düsseldorf** (Allg.). Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder von 20 auf 25 \mathcal{M} pro Woche.

Berlin, Düsseldorf und Schwelm. Den Beitrag für weibliche Mitglieder von 5 auf 10 \mathcal{M} pro Woche zu erhöhen.

b) Mit Arbeitslosenunterstützung.

Hürnberg (Allgem.), **Strasbourg**. Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 30 \mathcal{M} .

Vorstand. Abi. 1 ist zu setzen: der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 25 \mathcal{M} , für weibliche 10 \mathcal{M} (statt wie bisher 20 und 5 \mathcal{M}).

Nesau, Ludwigsburg, Köln und Posen. Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder von 20 auf 25 \mathcal{M} pro Woche.

Posen. Für weibliche Mitglieder 15 \mathcal{M} .

Strasbourg, Köln. Für weibliche Mitglieder 10 \mathcal{M} pro Woche.

Hamburg-St. Georg und Umgegend. Im Falle der Annahme der Arbeitslosenunterstützung ist der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder auf 20 \mathcal{M} , für weibliche auf 15 \mathcal{M} zu erhöhen.

§ 5.

Vorstand. Der vom Vorstand zur Generalversammlung gestellte Antrag zu § 5 ist in Nr. 3 d. Bl. abgedruckt. Wir verweisen darauf, da wir ihn wegen Raumersparnis hier nicht wiederholen wollen.

Frankfurt-Bockenheim (Mechaniker). Absatz 1-7 zu streichen.

Abi. 1.

Herslohn. Dabin abzuändern, daß der reisende Verbandskollege für die ersten 175 Kilometer keine Reiseunterstützung erhält, das Weiteren dann der bisherige Satz von 2 \mathcal{M} pro Kilometer beibehalten wird.

Heiden (Einzelmitglieder). Hinter die Worte „eine Zahlstelle liegt“ einzuschalten: jedoch erhält ein auf die Reise gehendes bezugsberechtigtes Mitglied erst nach Verlauf von 3 Tagen vom Tage des Antritts der Reise ab Reisegeld.

Abi. 2.

Quedlinburg. Die Worte „mit Genehmigung des Vorstandes“ zu streichen.

Abi. 4.

Gmünd, Schwab. Für ein Mitglied 15 \mathcal{M} Reiseunterstützung erhalten und kann nachweislich keine Arbeit bekommen, so tritt § 9 Abs. 2 in Kraft.

Abi. 9 (neu).

Brandenburg. Arbeitslosen Mitglieder ist, sofern sie in einem anderen Orte bestimmt Arbeit nachweisen können und sich in Geldverlegenheit befinden, das Reisegeld bis dort als Reiseunterstützung nach § 5 des Statuts zu gewähren, ob ledig oder verheiratet.

Änderungsvorschläge zu dem Entwurf des Vorstandes, betreffend die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Ortsunterstützung.

Ludwigsburg. Die Arbeitslosenunterstützung tritt am 1. Juli 1898 in Kraft, wobei das Reisegeld vom gleichen Tage ab aufgehoben ist.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt für alle männlichen arbeitslosen Verbandsmitglieder, sofern sie dem Verbands 52 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, pro Tag 1 \mathcal{M} , für die weiblichen Mitglieder von Tag 60 \mathcal{M} .

Für die ersten 6 Tage der Arbeitslosigkeit wird Unterstützung nicht gezahlt.

Posen. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt für männliche Mitglieder nach einjähriger Karenzzeit pro Tag 1 \mathcal{M} , für weibliche Mitglieder pro Tag 60 \mathcal{M} auf die Dauer von 6 Wochen.

Leipzig (Klempner, Einzelmitglieder). Die Karenzzeit ist bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Mitglieder, welche bei Beendigung dieses Punktes dem Verband länger als 1 Jahr angehört, auf 9 Monate festzusetzen.

Strasbourg. Bei Arbeitslosigkeit von 5 Tagen wird keine Unterstützung bezahlt, bei einer solchen von 10 Tagen, vom jetzigen Tage an, und bei längerer Arbeitslosigkeit die ganze Lebensdauer derselben.

Aachen. Dauert die Arbeitslosigkeit nur 4 Tage und weniger, so wird keine Unterstützung gezahlt. Bei Arbeitslosigkeit über 4 Tage wird Unterstützung vom ersten Tage an bezahlt.

Fork. Bei eventueller Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist den weiblichen Mitgliedern dieselbe Unterstützung wie den männlichen zu gewähren.

Jakob Gieser, Köln. Die Arbeitslosenunterstützung in gleicher Höhe wie die Reiseunterstützung festzusetzen. — Die Leistungen des Verbandes den Mitgliedern gegenüber nach der Zahl der Beitragsjahre oder Wochen steigen zu lassen, etwa in der Art, daß bei 1-5jähriger Mitgliedschaft das Reisegeld sowie die Arbeitslosenunterstützung im Jahr 30 \mathcal{M} nicht übersteigt. Bei 10-15jähriger Mitgliedschaft 45 \mathcal{M} , über 15 Jahre 60 \mathcal{M} .

§ 6.

Vorstand. Hinter die Worte „mit Genehmigung des Vorstandes“ einzuschalten: bei Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern von der Ortsverwaltung an solche Mitglieder uha.

Ferner ist zu setzen: 52 Wochen statt „mindestens 6 Monate“.

§ 6.

Vorstand. Hinter die Worte „mit Genehmigung des Vorstandes“ einzuschalten: bei Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern von der Ortsverwaltung an solche Mitglieder uha.

Ferner ist zu setzen: 52 Wochen statt „mindestens 6 Monate“.

Abi. 1 (neu).

Frankenthal. Verheirateten Verbandsmitgliedern, die ein Jahr dem Verband angehören, bei einer Entfernung von 15 Kilometern die Hälfte der Umzugskosten zu vergüten.

Abi. 2 (neu).

Aschaffenburg. Im Sterbefall eines Mitgliedes bei mindestens 52 Wochen Beitragszeit ein Sterbegeld von 25 \mathcal{M} festzusetzen.

§ 7.

Vorstand. Wird bei einer örtl. Verwaltungsstelle unentgeltlicher Rechtschutz beantragt, so hat die betreffende Ortsverwaltung, sofern die Verwaltungsstelle weniger als 3000 Mitglieder zählt, unter genauer Schilderung der Angelegenheit, der die Streitfrage veranlassenden und begleitenden Umstände an den Vorstand zu berichten.

Der Vorstand, bei Verwaltungsstellen über 3000 Mitgliedern die Ortsverwaltung, entscheidet über Zulässigkeit und Umfang des zu gewährenden Schutzes bis vor zweiter Instanz, darüber hinaus steht die Entscheidung dem Vorstande und dem Ausschuss gemeinschaftlich zu.

§ 8, Abs. 1.

Barmen und Niederrheinische Metallarbeiter-Konferenz. Zu streichen.

§ 9, Abs. 2.

Gmünd (Schwab). Folgende Fassung zu geben: Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sonstigen Nothfällen ruhen vom ersten Tage an gerechnet alle Pflichten zum Verband. Die Karenzzeit soll durch die Beitragserklaerung nicht unterbrochen werden.

Vorstand. Abi. 2 erhält folgende Fassung: Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit von mindestens 4wöchentlicher Dauer oder in sonstigen Nothfällen, kann dem Mitgliede, sofern es während derselben keine Unterstützung aus Verbandsmitteln bezieht, von der Ortsverwaltung auf schriftliches oder mündliches Ansuchen, welches spätestens vor Ablauf der achten Werkwoche gestellt werden muß, der Beitrag erlassen werden. Die Karenzzeit wird durch die Beitragserklaerung für die Dauer derselben unterbrochen.

Abi. 3.

Köln. Statt „14 Tagen“ zu setzen: 1 Monat.

Abi. 5 (neu).

Ettlingen. Denjenigen Mitgliedern, welche dem Verband 5 Jahre ununterbrochen angehören, können auf Ansuchen die Beiträge um die Hälfte erlassen werden.

§ 14, Abs. 1.

Vorstand. Statt „mindestens 10 Mitglieder“ (Seite 2) zu setzen: mindestens 20 Mitglieder.

Abi. 2.

Berlin. Die örtliche Verwaltung wird geführt von 3 Mitgliedern, dem Bevollmächtigten, dem Kassirer und dem Schriftführer. Dieselben werden vom Vorstand ernannt. Zu diesem Zweck haben die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstellen dem Vorstand entsprechende Personen in Vorschlag zu bringen. Die vorzuschlagenden Ortsbeamten sind in Mitgliederversammlungen alljährlich zu wählen. Der Bevollmächtigte überwacht und leitet die Gesamt-Ortsverwaltung; der Kassirer führt die Ortskasse und der Schriftführer die Protokolle.

Bei örtlichen Verwaltungsstellen von über 200 Mitgliedern kann die örtliche Verwaltung durch einen zweiten Bevollmächtigten und durch einen zweiten Kassirer verstärkt werden.

Zur Revision der Ortskasse sind 3 Revisoren zu wählen. Dieselben haben beratende, jedoch nicht beschließende Stimme. Die Gesamt-Ortsverwaltung ist für die Verbands-gelder persönlich haftbar, soweit ihr Vermögen der nicht im Verbandsinteresse verwendeten Gelder nachgewiesen werden kann.

Abi. 2 (neu).

Brandenburg. Die Generalversammlung möge beschließen, daß, soweit es angängig ist, bei der statutenmäßigen Wahl der Ortsverwaltung von den Hauptleitern der Zahlstelle jährlich nur je ein Bevollmächtigter oder Kassirer ausstehe, damit der bleibende mit der örtlichen Verhältnissen vertraute die Art der Führung auf die neue Ortsverwaltung übertragen kann. Auf die Revisoren findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

Abi. 7.

Wilhelmshagen. Zur Beireitung der Ausgaben für lokale Zwecke können die örtlichen Verwaltungsstellen mit über 100 Mitgliedern 25 Prozent, unter 100 Mitglieder 30 Prozent der Beiträge verwenden.

Vorstand. Für den Fall einer Beitragserhöhung von 5 \mathcal{M} zu setzen statt „25 Prozent“ 20 Prozent.

Hamburg a. Elbe. Zu setzen statt „25 Proz.“ 20 Proz., und im Falle der Erhöhung der Beiträge eine dementsprechende Herabsetzung.

Leipzig. Statt „25 Proz.“ zu setzen 15 Proz.

Abj. 14.

Vorstand. Hinter die Worte „mit der Abrechnung einzulenden“ anzufügen: Bei Ausgabe aus den 25 Proz. (oder 20 Proz.) der Beiträge für örtliche Zwecke kann der Vorstand die Verwaltungen von dieser Vorschrift entbinden.

§ 15, Abj. 2.

Deffau. Hinter den Worten: „welche der Vorstand festsetzt“ ist einzuschalten: jedoch ist hierbei thunlichst auf Provinz, Stadt oder Sektion Rücksicht zu nehmen.

Quedlinburg. Einzuschalten: Die Wahltheilungen sind zu bilden, daß keine Abtheilung mehr als einen Delegirten zu wählen hat. Ausnahmen hiervon sind nur dann zulässig, wenn eine Verwaltung mehr Mitglieder zählt als notwendig sind, um einen Delegirten zu wählen.

Schweins. Offenbach a. M. Statt „500“ zu setzen 1000 und statt „250“ zu setzen 500.

Vorstand. Nach den Worten „für je 500“ einzuschalten: „zahlende“ Mitglieder usw.

Hinter „ein weiterer Abgeordneter zu wählen“ fortzuführen: Als Grundlage zur Berechnung der Mitgliederzahl gilt die Abrechnung vom 3. Quartal des abgelaufenen Rechnungsjahres und ist hierbei eine Durchschnittsleistung von 10 Beiträgen pro Mitglied und Quartal vorausgesetzt.

Abj. 2 (neu).

Deffau. Sollte eine Provinz Stadt oder Sektion 250 oder mehr Mitglieder haben, so wählt sie einen Abgeordneten für sich.

Abj. 3.

Gläser und Hymelshch-Deffau. Statt: „Erhält pro Tag 8 „“ zu setzen 6 „“.

Vorstand. Jeder Abgeordnete erhält pro Tag 8 „ und Eisenbahnfahrtgeld für die dritte Wagenklasse, jedoch ist der Vorstand berechtigt, ev. die Benützung von Schnell- und direkten Anschlüssen unter Verwendung eines kombinierten Kundreiseheftes vorzuschreiben.

§ 16, Abj. 1.

Finden bei Hannover. Hinzuzufügen: Der Hauptvorstand hat seine Anträge mit der Bekanntmachung der Generalversammlung, spätestens aber in der nächsten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt zu geben.

Zu Abj. 2.

Hamburg (Schlosser). Die Generalversammlung möge Bestimmungen treffen über die Zeitgrenze, innerhalb welcher der Vorstand die Filialen mit Anweisungen und Material zur ausgeschriebenen Generalversammlung zu versehen hat.

Abj. 7.

Berlin. Auf Zeile 4 statt „des vierten Theiles“ zu setzen: des sechsten Theiles.

Endwigsburg. Die Worte „Der Vorstand muß sie einberufen auf Antrag des Ausschusses oder usw.“ zu streichen und dafür zu setzen: Der Vorstand hat eine Generalversammlung einzuberufen, wenn Zweidrittheile der Mitglieder es fordern.

§ 17, Abj. 1g.

Mannheim. Endgiltige Entscheidung über alle Verbandsangelegenheiten mit Ausnahme der Festsetzung der Beiträge, welche durch Urabstimmung festzusetzen sind.

Abj. 2.

Altenburg, Aschaffenburg, Berlin, Durlach, Ettlingen, Frankfurt (Allg.), Freiburg i. B., Forst N.-L., Linden (Allg.), Ludwigsburg, Mannheim, Mühlheim a. M., Nürnberg (alle Sektionen), Offenbach, Reutlingen, Cattlingen und einzelne Mitglieder in Meissen. Anstatt „2 Jahre“ zu setzen 3 Jahre.

Hannover (Allg.) Die Generalversammlung findet zwischen Weihnachten und Neujahr statt.

§ 20, Abj. 2 (neu).

Karlsruhe. Der Hauptkassier hat vierteljährlich eine kurze Abrechnung (Gesamteinnahme und Gesamtausgabe nebst Mitgliederbestand) auf Grund der örtlichen Quartalsabrechnungen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Vorstand. Absatz 2 zu setzen statt „monatliche Abrechnung“ der Hauptkasse: monatliche Quittung der Eingänge der Hauptkasse usw.

§ 21, Abj. 1.

Vorstand. Arbeitseinstellungen von Verbandsmitgliedern können, mit Ausnahme der Verwaltungen stellen von über 3000 Mitgliedern, wo die Entscheidung der Ortsverwaltung zusteht, nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen, bezuglich kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand bezw. den Verwaltungen von über 3000 Mitgliedern verhängt werden.

Abj. 5.

Berlin. Statt der Worte: „jedoch spätestens innerhalb 3 Tage“ zu setzen: jedoch spätestens am folgenden Tage.

Vorstand. Hinter die Worte „vorher darf“ in Zeile 7 einzuschalten: ausgenommen die Verwaltungsstellen über 3000 Mitglieder; unter keinen Umständen usw.

Abj. 5a (neu).

Metallarbeiter-Konferenz Nordbayerns und Allgemeine Zahlstelle Nürnberg. Streiks dürfen vom Verband nur dann materiell unterstützt werden, wenn der Hauptvorstand, bezw. dessen Stellvertreter mit den am Orte vorhandenen Sektionsverwaltungen gemeinschaftlich den Streik beschlossen hat.

Abj. 5b (neu).

Konferenz Nordbayerns. Die Arbeiter einer Fabrik oder Werkstätte sind nicht befugt, Beschlüsse zu fassen, wonach in einen Streik eingetreten werden soll.

Abj. 7 und 8.

Berlin. Zu streichen.

Abj. 9a (neu).

Nürnberg (Allg.) Bei Streiks dürfen aus Verbandsmitteln nur solche Mitglieder unterstützt werden, welche bei Ausbruch des Streiks mindestens 1. Jahr dem Verband angehören und ihre Beiträge bezahlt haben.

Abj. 10.

Sachsen und Niederh. Konferenz. „Die gewährten Unterstützungen“ usw. zu streichen.

Abj. 13.

Berlin. Statt des Wortes „erfolgt“ auf Zeile 4 zu setzen: erfolglos.

Abj. 16 (neu).

Halle (Allg.) Brechen in einem Geschäft Differenzen zwischen Verbandskollegen und Arbeitgeber aus, so ist es

Pflicht der ledigen Kollegen, abzureisen, sobald ihnen Arbeit nachgewiesen werden kann.

§ 23 (neu).

Brandenburg. Die Mitglieder anderer Berufe sind, soweit sie einer inländischen, auf modernem Boden stehenden Zentralorganisation angehören und ihren Pflichten in dieser nachgekommen sind, sobald sie einen Uebertritt wünschen, gleich den von ausländischen Organisationen Uebertretenden zu behandeln.

Berlin. Mitgliedern anderer deutscher Metallarbeiterorganisationen ist es gestattet, zum Deutschen Metallarbeiter-Verband überzutreten und gelten dieselben nach Absolvierung der Karenzzeit vom Tage des Eintritts in der vorigen Organisation als vollberechtigt.

Reisegeld-Reglement.

Mainz. Das Reisegeld muß durch die Ortsverwaltung oder eigens dazu gewählte Personen ausbezahlt werden, indem durch das Auszahlen von Herbergswirthen oder sonstige Personen Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Ferloh. Die Auszahlung der Reiseunterstützung werden angewiesen, die zu zahlende Unterstützung im Mitgliedsbuche zu addiren.

Verbandsorgan.

Magdeburg (Klempner). Die langathmigen Korrespondenzen sind zu kürzen, dagegen mehr Werth auf das Feuilleton (allgemein technische Artikel) zu legen.

Dresden (Einzelmittglieder). Einführung eines Streikkalenders für die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, worin alle Streiks im Inlande, einschließlich der größeren im Auslande aufgeführt sind.

München (Schleifer). Inerate, betreffend Arbeitergesuche von Seiten der Arbeitgeber sind nicht mehr in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ aufzunehmen, indem dieselben nur schädlich auf den Arbeitsnachweis wirken und ihn illusorisch machen.

Verwaltung.

Görlitz. Das Mantogeld des Hauptkassiers ist abzuschaffen.

Vorstand. Die 3. Generalversammlung möge unter Aufhebung des auf der 2. Generalversammlung gefassten Beschlusses, wonach der Vorstand und Ausschuss zur Anstellung eines Bureaugehilfen befugt sind, den Vorstand allein hierzu ermächtigen. Ferner möge die Generalversammlung die Bureaugehilfen hinsichtlich der Kündigung und Beitragsleistung den Vorstandsbeamten gleichstellen.

Gmünd. Jede schriftliche Verbandsangelegenheit muß innerhalb 6 Tagen erledigt sein.

Nürnberg (i. Sektionen). Allorts das Einkassiersystem einzuführen.

Generalkommission.

Die Einstellung der Beitragsleistung an die Generalkommission beantragen folgende Ortsverwaltungen:

Aschaffenburg, Berlin, Deffau, Eilenburg, Frankfurt (Allg.), Freiburg i. B., Forst N.-L., Gmünd, Hildesheim, Mainz, Müggeldorf, Neumühl, Nürnberg (i. Sekt.), Ravensburg und Einzel-Mitglieder von Al- und Neugersdorf.

Agitation.

Niederh. Konferenz. Der Vorstand wird beauftragt, ohne Rücksicht auf die Kosten in den östlichen Provinzen Deutschlands eine rege Agitation zu entfalten.

Düsseldorf (Allg.). Der Vorstand ist zu beauftragen, in den östlichen Provinzen eine rege Agitation zu entfalten.

Berufsstatistik.

Flensburg. Die Generalversammlung in Braunschweig wolle beschließen: Es ist eine Erhebung über die durchschnittlichen Löhne in den einzelnen Berufen und Städten zu veranlassen, damit dahin gewirkt werden kann, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der rückständigen Gegenden denen der vorgeschrittenen angepaßt werden.

Sonstige Aufträge.

Bielefeld (Allg., Klempner, Former und Schleifer). Den Vorstand zu beauftragen, von 1898 an Mainarten im Betrage von 50 „ herauszugeben.

Katzenow (Grubenarbeiter). Ausgabe aller Sammellisten durch den Hauptvorstand, damit die Gelder an die bedürftigsten im Streik befindlichen Verbandsmitglieder gezahlt werden können.

Rehabilitierung von Krämer München betr.

137 Verbandsmitglieder in München beantragen bei der 3. ordentlichen Generalversammlung in Braunschweig: Der vor mehr als 2 Jahren gefasste Beschluß, wonach der Schlosser Josef Krämer aus dem Verband ausgeschlossen wurde, wird aufgehoben und steht seinem Wiedereintritt nichts mehr im Wege.

Stuttgart, 10. Februar 1897.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Auf den in voriger Nummer enthaltenen Protest der Stettiner Kollegen erwidern wir kurz, daß in der 40. Wahlabtheilung ähnlich wie in der 19. verchiedene Verwaltungen enthalten sind, die, wenn man die gezahlten Beiträge im Quartal nur auf den Stamm der Mitglieder, d. h. derjenigen, die im Quartal zur Zahlung von 13 Wochenbeiträgen verpflichtet sind, umlegt, bedeutende Reste haben, sodas die Zahl der Mitglieder sich entgegen den gemachten Angaben bedeutend reduziert und statt der für zwei Delegirte notwendigen 750-1000 nur etwa über 600 beträgt. Komitaten wollen wir hierbei, daß speziell die Verwaltungen Stettin (alte), Königsberg (allg.), Stolberg, Grabow und Stralsund weniger als 8 Wochen, alle übrigen nahezu und mehr als 8 Wochen Reste und zwar von 7-30 Wochen pro Mitglied aufweisen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 28354 des Schlossers Friedrich Schlenker, geb. zu Zeltich i. Schlei. am 16. November 1858.

36673 des Spenglers Georg Dürr, geb. zu ? am ? ?

74543 des Schlossers Franz Schwenke, geb. zu Deffau am 8. November 1878.

107415 des Dreher's Oskar Paul Fischer, geb. zu Breslau am 10. Oktober 1875.

193536 des Schlossers Friedrich Schab, geb. zu Sigmaringendorf am 6. März 1883.

Ausgeschlossen wird nach § 3 Abj. 7a: Auf Antrag der Verwaltung Hamburg, Sektion der Gelbgießer, Gürtler u.:

Der Dreher Wilhelm Erpelin, geb. zu Hamburg am 5. Juni 1873, B. Nr. 49 413.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialm Gruß

Der Vorstand.

Der Schmied Friedrich Auer, geb. in Hals, Bez. Paffau, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Verwaltungen, die dabei behilflich sein können, wollen dies gefl. thun.

Der Eisenbrecher Franz Dietz, geb. zu Chemnitz, B. Nr. 52 631, zuletzt in Leipzig, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls sein Ausschluß erfolgen muß.

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1897.

Einnahme. Kassenbestand Ende Dezember 1896 " 9771,43. Von Alenbürg M 200. Altona 450. Al- und Neugersdorf 116,48. Aschaffenburg 50. Aschersleben 40. Rue 34. Auerbach 32. Augsburg, Feilenhauer 21,80. Barmbeck 109,80. Barmen 25. Bautzen 30. Bochum 30. Bückingen 36,90. Brandenburg 200. Braunschweig, Klempner 60. Breitendiel 15. Bremerhafen 250. Breslau 100. Brieg 40. Bunzlau 30. Burgarrnbad 15. Chemnitz 730. Coburg 30. Cöln a. Rh.: Allg. 135, Klempner 20. Cöthen 40,43. Cottbus 110. Delitzsch 10. Delmenhorst 29,50. Deffau 50. Dietesheim 45. Dittlage 15. Dortmund 120. Döbeln 75. Dresden-All. 650. Dresden-N. 120. Driesen 7,12. Düsseldorf: Dreher 40, Feilenhauer 12,80. Eisenberg 18,60. Elbing 50. Elmshorn 100. Emmendingen 41,70. Erfurt 140. Erlangen 33,07. Effen, Klempner 33,40. Ettilingen 34,30. Feuerbach 62. Frauenthal 170,72. Frankfurt a. M., Spengler 125,70. Frankfurt a. O. 60. Freiburg i. Br. 50. Fürth: Allg. 100, Schläger 300. Furthwangen 21,75. Gaggenau 5. Gassen 64. Gera 110. Gera-mühle 19,50. Gießen 50. Glauchau 6,19. Gölzern 54,45. Görlitz 300. Grabow 100. Großenhain 24,70. Großottersleben 85,60. Großschönau 36,72. Grözingen 44,30. Grünberg 70. Gustavsburg-Koitzheim 27. Hagen 50. Halle-Schwab. 32,22. Halle a. S.: Feilenhauer 19,80, Former 118,35. Hamburg: Klempner 705,80, Schlosser 400, Werkst- arbeiter 650. Jannau 70. Hannover: Klempner 60, Schmiede 70,40. Harburg 187,50. Jannau 40. Heidelberg 70. Silbesheim 160. Höchst a. M. 50. Jechershausen 85,43. Jhehoe 50. Jena 120. Jüterbog 17,29. Kaiserslautern 15. Former 50. Kappel 94,50. Karlsruhe: Allg. 100, Bau- schlosser 71,74, Schmiede 80,40. Kiel: Allg. 458,99, Klempner 22,01. Königsberg i. Pr. 60. Kulmbach 50. Lams- brecht 47,25. Leipzig-Weiß 250, Klempner 70. Limbach 50. Linden, Feilenhauer 43. Lössau 50. Lössau 20. Lübz 26. Ludwigschafen 91,86. Magdeburg: Alte Neustadt 25, Budau 260, Neustadt 100, Feilenhauer 34,50, Klempner 150, In- stallateure 30,70. Mannheim 200. Meerane 50. Mittweida 50. Mühlhausen i. Thür.: Allg. 45,64, Schlosser 36,60. Mühl- heim a. Rh. 74,50. Mühlheim a. Ruhr 35,73. München, Schlosser 750. Murskau 87,70. Müßbach 48,60. Neustadt a. d. Hardt 3,92. Neustadt in Sachsen 23,73. Nürnberg: Allg. 700, Fläschner 220, Former 40, Mechaniker 48,35, Keilzeugindustrie 260, Hochgießer 150. Oberchlema 23,60. Oberursel 60. Oeynhausen 22,86. Offenbach a. M. 200. Offenbach 30. Pegnitz 60. Peine 80. Penig 20. Pfung- stad 40. Potsdam 30. Pries 200. Raguhn 50. Rathenow, Brillen- und Binzenarbeiter 200. Ravensburg 50. Reichen- bach i. B. 12,30. Reichenhain i. S. 55. Reudersburg 100. Reutlingen 80. Ruhla 45. Saalfeld 100. Sagan 15,75. Sangerhausen 40. Sebaldsbrück 31,65. Speyer 25. Sprem- berg 40. Schmölln 16,54. Schornberg 30. Schramberg 61,65. Schwenningen 29,25. Schwerin 40. Stettin 130. Stuttgart: Allg. 200, Fläschner 72. Langermünde 2,40. Tegel 88,65. Traunstein 5,32. Tuttingen 50. Wald 30. Wandsbeck 133,42. Weimar 30. Wertheim 25. Wilhelmsh- afen-Bant 250. Witten a. Ruhr 33,45. Wittenberge 20,78. Zerbst 69,57. Zirndorf 35. Zuffenhausen 77,70. Einzeln- mitglieder der Hauptkasse 200. Für Ersatzbücher 1. Proto- kolle der 2. ordentlichen Generalversammlung 0,60. Ueber- wiesen für Streiks 1. Zurückgezählte Schuld von W. K., Gießen 22. Sa.: M 27,629,96.

Ausgabe. „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ M 6000. Buchbinderarbeiten 37,46. Druckerarbeiten 8. Kautschukstempel 9,40. Gehälter der Bureaubeamten 450. Hilfsarbeit 300. Mantogeld an den Hauptkassier 10. Delegation und Ent- schädigungen der unbefoldeten Vorstandsmittglieder 109,60. Kaution behufs Haftentlassung für H. K., Dresden 10,000. Unterstützung an die streikenden Hafenarbeiter zu Hamburg 2000. An den Ausschuss 100. Agitation 352,70. Revision der Hauptkasse 3. Beitrag zur Kranken-, Alters- und In- validitätsversicherung 11,80. Bureauentwässerung 57,47. Papi- und Schreibmaterial 10,05. Heizung 3,20. Licht 4,10. Bureaureinigung 8. Zeitungsabonnements 1,70. Porto laut Buch 143,87. Sonstige Ausgaben 0,60. Zuschüsse nach: Verburg 50. Cannstatt, Former 650. Flensburg, Klempner 125. Lübeck 600. München, Former 400. Neustadt a. D. 40. Stuhrodt 40. Wertheim 26. Sa.: M 21,551,95.

Bilance:

Einnahme M 27,629,96
Ausgabe „ 21,551,95
Kassenbestand M 6078,01

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten.

Der Vorstand.

Zum Frankfurter Protest gegen Wahlrechtsverkürzung.

Der Vorstand hat auf die Einreichung des Protestes gelegentlich eines Schreibens an die Allgem. Verwaltung bemerkt, er werde uns im Verbandsorgan Aufklärung geben, „uns scheinbar der Weg ja lieber zu sein“. Dies lautet so ungefähr als: „Wir werden es Euch besorgen.“ Es gelangte nun in Nr. 6 die Antwort auf unseren Protest zur Veröffentlichung. Hier wollen wir zunächst feststellen, daß nicht der eigentliche Protest von uns in das Verbandsorgan kam, sondern nur eine Aufforderung an die übrigen Verwaltungsstellen, daselbe zu thun. Wenn der Vorstand nun, ohne uns direkt zu antworten, seine Antwort in der „M.-Stg.“ veröffentlicht, so erklären wir: uns kann es recht sein, wir wollen hiermit Red und Antwort stehen.

Zunächst rechtfertigt der Vorstand die Zugrundelegung der Mitgliederzahl vom 3. Quartal 1896. Hiergegen ist unsererseits auch nicht viel eingewendet worden, wenn es uns auch scheinen will, daß man dadurch auch eine Rücksichtnahme auf die „Saumligen“ gelten läßt, die in Anbetracht der Schnelligkeit uns gegenüber doch nicht gut zu rechtfertigen ist. Deswegen wäre es uns nicht eingefallen, zu protestieren, wir wollten erfahren, was der Vorstand verleitet hat, für 922 Mitglieder, die wir laut Abrechnung vom 3. Quartal 1896 haben, nur einen Delegierten festzusetzen.

Und da rückt nun der Vorstand mit einer Berechnung heraus, die mehr als kurios bezeichnet werden muß; wir müssen demnach noch froh sein, daß der Vorstand so gütig ist, uns einen Delegierten zukommen zu lassen, das Recht hierzu hätten wir keinen Ausführungen nach nicht.

Der Vorstand scheint es gar nicht in Betracht zu ziehen, daß auch Mitglieder bei uns gestrichen wurden, von diesen muß man doch annehmen, daß sie keine Beiträge in dem betr. Quartal gezahlt haben, sie sind demnach von vornherein in Abzug zu nehmen. Ferner kann man im Durchschnitt von den Neueingetretenen annehmen, daß sie 3 Wochen in dem betr. Quartal zahlen, viele lassen sich aufnehmen und zahlen überhaupt nichts mehr. Obige Zahl dürfte demnach eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sein, weil auch ein großer Theil gegen Schluß erbt eintritt. Endlich kommen noch die heitragsfreien Marken hinzu. Oder sollen die Empfänger derselben als Armenunterstützungsempfänger betrachtet und ebenso wie im heutigen Klassenstaate ihres Wahlrechts beraubt werden?

Wir danken dem Vorstand für seine „günstige Rechnungsweise“, und benötigen lieber eine vernünftige. Die gestaltet sich, obige Ausführungen in Betracht gezogen, wie folgt:

Quartal	niedrigste Mitgliederzahl	nicht eingetretene	Minus Wochenlohn Beitr. und Beitragsfr.	ein- getreten	Plus Wochenlohn beiträge	Mitglied. Zahl am Schluß d. Quartals
I.	293	17	221	96	283	372
II.	372	56	773	188	564	504
III.	504	140	1829	150	450	515

Die Berechnung stellt sich nun, da die prozentuale Verteilung der Rückstände doch nicht auf die am Anfange, sondern am Schluß des Quartals vorhandene Mitgliederzahl zu beziehen hat, folgendermaßen:

Quart.	niedrigste Mitgliederzahl	geleistete Beiträge	zu leistende Beiträge	Ausfall an Beiträgen	Beitragsrückstand pro Kopf
I.	293	2475	3876	1401	3,7 Wochen
II.	372	3821	4624	803	1,6 „
III.	504	3677	4721	1044	2,0 „

Es kommen somit 7,3 Wochen Beitragsrückstand auf jedes Mitglied.

Die hier für die „Allgem.“ = Frankfurt aufgeführten Zahlen und Berechnungen treffen für die übrigen Verwaltungsstellen im Durchschnitt zum Mitgliederverhältnis ebenfalls zu, so daß wir uns die Vorführung derselben sparen können. Es geht daraus hervor, daß die in den Abrechnungen aufgeführten Zahlen als **vollgiltig** zu betrachten sind, über 8 Wochen ist kein Mitglied rückständig, wenn wir den Nachrechnen des Vorstandes betr. Beitragszahlung auch ganz beiläufig wollten. Das Erlöschen der Mitgliedschaft muß doch durch Streichen aus den Listen konstatirt werden. Von 545 Mitgliedern in der „Allgem.“ = Frankfurt sollen nur 133 weniger wie 8 Wochen im Rückstand sein, während in demselben Quartal allein 150 Mitglieder in der Verwaltung eingetreten sind. Der ganze künstliche Rechnungsanbau des Vorstandes fällt in sich zusammen und mit ihm auch das vorgeschickte Gerechtigkeitsgefühl, denn wir wollen nicht annehmen, daß der Vorstand es nicht besser versteht.

Es macht uns Vergnügen, von den Nürnbergern zu hören, daß sie prompt zahlen, sie bekommen deshalb auch schon für 463 Mitglieder ihren Delegierten, trotzdem hören wir, daß selbst dort nicht „Licht und Schatten“ gleichmäßig vertheilt sein soll. E. Bericht in Nr. 6. Der Vorstand hätte, nebstbei bemerkt, das System des Einkassirens, wie es die Nürnberger haben, und wir jetzt hier einführen, den Verwaltungsstellen empfehlen können, die dortigen günstigen Erfahrungen, die ihm bekannt waren, hätten ihm dies zur Hilfe gemacht. Wir sind ferner der Meinung: hätte der Vorstand so vorgehen wollen, so müßte er mindestens alle Verwaltungsstellen hiervon vorher in Kenntnis setzen.

Wenn nun zum Schluß die aufgeworfene Frage, ob der Geist der Arbeitslosenunterstützung über der Wahlkreis-einteilung stehe, damit abgehandelt wird: „Diese Frage mögen sich die Beschlüsse selbst beantworten.“ so ist das gerade kein glückliche Antwort. Bekanntlich besteht dieser Geist vor allem über der Generalversammlung und sollte es Zufall sein, daß Städte, wie Frankfurt, Dresden, Hamburg, Berlin, Bielefeld, wo man keine Gegenliebe für solche Projekte findet, weniger Delegierte zugewiesen werden? Verschieden Städten hat man noch je einen Delegierten zugelegt, ob mit oder ohne Protest, warum wir nicht, man hätte uns vielleicht auch noch einen gegeben, wenn wir darum gebeten hätten, wir sind aber nur einmal im Klassenkampf errogen und fordern unser Recht.

Ein Beispiel, wie „Licht und Schatten“ vom Vorstand gleichmäßig vertheilt ist, zeigt die Abrechnung vom 4. Quartal aus Berlin wie folgt: für 3748 männliche Mitglieder und eingegangen M. 3555,60, wovon pro Kopf 4,75 bezahlte Wochenbeiträge, für 374 weibliche Mitglieder M. 42,20, macht pro

Kopf 2,2 bezahlte Wochenbeiträge. Wenn nun nach der vom Vorstand beliebigen Definition des § 6a gehandelt werden müßte, dann wäre in Berlin auch nicht ein einziges Mitglied wahlberechtigt. Aus dem 4. Quartal kann doch ruhig auf das 3. geschlossen werden, das der Vorstand bei der Wahlkreis-einteilung 3 Gründe gelegt hat. Uns steht momentan die Abrechnung vom 3. Quartal aus Berlin nicht zur Verfügung; wo würde da der Vorstand hinkommen mit seinem Arbeitslosenunterstützungsprojekt, wo doch mit 40 000 zahlenden Mitgliedern gerechnet wird, wenn der § 6 nach seiner Auslegung gehandhabt würde? — Im Uebrigen redet die weitere Instanz, und in letzter Linie möchten wir die Generalversammlung kennen lernen, die uns „Protestlern“ nicht beipflichten muß.

Die Bevollmächtigten der Verwaltungen Frankfurt a. M. - Bockenheim.

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Sektion der Gelbgießer u. Mitgliederverammlung vom 20. Januar. Nach dem von Schwabedal erstatteten Jahresbericht hat die Sektion im vorigen Jahre an 116 Mitglieder zugenommen. Für den Streit der Konfektionsarbeiter, Korbmacher, Steinzieher, Werftarbeiter Fleasburgs und für die Ausgesperrten der Firma Fleck Söhne ist zusammen M. 2377,50 eingegangen. Für die Hamburger Hafenarbeiter ist bis Ende Dezember M. 1776,60 abgeliefert. Eine Einnahme auf Mainmarke ergab M. 189,25. Abrechnung vom 4. Quartal ergab an Einnahme M. 410,55, Ausgaben M. 358,15, Ueberschuß M. 52,40. Zum 3. Punkt: „Die Sperre der Metallwaarenfabrik Fleck Söhne“ verlas Schwabedal die Kosten des Streiks. Die Einnahme war M. 4502,95, die Ausgabe M. 4366,30, Ueberschuß 136,65. Kollege Klemm gab einen ausführlichen Bericht über den Streit und seine Ursachen. Derselbe kam am 17. Mai 1896 zum Ausbruch, indem 2 Verbandskollegen gemagtregelt wurden, und es entbrannte ein derartiger Kampf, daß verschiedene Kollegen Gefängnis bekamen, weil sie Plakate angeklebt hatten. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, die Sperre über die Metallwaarenfabrik von Fleck Söhne weiter bestehen zu lassen. Die Kollegen Legtmeyer und Zeig führten an, daß Herr Fleck gezwungen sei, seinen Fuß andernwärts herstellen zu lassen. Kollege Schulz erstattete Bericht von der kombinierten Versammlung und bedauerte, daß die Karten vom letzten gemeinschaftlichen Vergnügen noch nicht abgeliefert worden sind. Kollege Schwabedal brachte nach längerer Rede die Eingriffe der Hamburger Polizeibehörde in den Streit zur Sprache und forderte die Kollegen auf, Mann für Mann treu zur Fahne zu stehen. — Kollege Schulz machte bekannt, daß bis dato M. 2600 an die Streikkommission der Hafenarbeiter abgeliefert wurden.

Klempner.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederverammlung am 2. Febr. Zum 2. Punkt referirte der Bevollmächtigte über den Antrag des Hauptvorstandes betr. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Redner empfiehlt der Versammlung den Antrag zur Annahme. Von mehreren Rednern wird empfohlen, den Beitrag statt um 5 um 10 zu erhöhen, um das Unternehmen sicherer und wirksamer zu gestalten. Man stimmte dem Vorstandsantrage zu. Die Versammlung stimmt ferner dem Antrage des Referenten zu, bis zum 1. Juli 1898 einen Beitrag von 25 M zu erheben, von da ab 30 M. — Ein anderer Antrag, welcher die Verschmelzung der einzelnen Sektionen in den Städten zu größeren Vereinigungen betrifft, wird abgelehnt. Als Delegirter zur Generalversammlung wird Kollege Hank aufgestellt. Das Festkomitee berichtet, daß es einige Vokale zur Sommerzeit angeheben hat und empfiehlt das Vokal „Alt-Kloster“ bei Burettube zur Annahme. Der Bericht wird angenommen. Weiter wurde beschlossen, das Fest am 18. Juli abzugeben und hierzu 2 Dampfer zu nehmen, da das Jahreswetter der See nur für kleine Dampfer passierbar ist.

Metall-Arbeiter.

Basel. In der Fabrik von Gebr. Gaeng sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma beschäftigt hauptsächlich Schloßer und Dreher der Fahrradbranche. Inzug ist bis auf Weiteres strengstens fernzuhalten. Ebenso wird vor der Firma Metz gewarnt, da Herr M. sich geäußert hat, die Organisten müßten alle „auf“. Thatsächlich ist schon einigen gefürchtet, welche die Lohnbewegung letzten Jahr mitmachten.

Braunschweig. Am 6. Februar fand in der „Englischen Krone“ eine kombinierte Versammlung der Klempner und Maschinenbauer statt. Die meisten Redner erklärten sich entschieden gegen jede Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung, da hierdurch der Zweck der Kampforganisation verlernt ginge, auch die nichtorganisirten ärmeren Gegenden viel schwerer bei hohen Beiträgen zu gewinnen wären. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung wolle jede Erhöhung der Beiträge ablehnen, jedoch aber eine Milderung derselben in's Auge fassen und dafür die Unterstützung ganz aufheben resp. einschränken.“

Böhm. Ein in die hiesigen Verhältnisse nicht Eingeweihter mag sich wohl, in Anbetracht der großen Menge Metallarbeiter am hiesigen Orte, ganz gewaltige Versammlungen machen über unsere Verwaltungsverhältnisse. Aber von den vielen hiesigen Metallarbeitern sind höchstens 50 organisirten. Darum müßte man schließen, die Arbeiter genießen hier eine sehr humane Behandlung und können auskömmliche Löhne, so daß sie es nicht nöthig hätten, der Organisation beizutreten. Aber leider ist das nicht der Fall, und mancher arme und elende Kollege war angegriffen solcher Zustände schon nahe daran, den Mutz zu verlieren. Denn Selbstfreiheit und Unternehmerrisiko zeigen sich besonders deutlich, um uns entgegenzusetzen und für die Interessen des allmächtigen Geldhais zu wirken. — In einer hiesigen Fabrik verunglückte vor ca. 6 Wochen ein Arbeiter, der vor einigen Tagen seine Arbeit wieder aufnehmen, da wurde ihm nun mitgeteilt, daß ihm, da er durch den Unglücksfall gebrechlich geworden wäre, 50 M pro Tag weniger bezahlt würden. —

Kollegen, wie lange wird es noch dauern, bis Ihr endlich aus Eurer lethargie erwacht, und wie viel solcher Fälle bedarf es noch, um Euch zur Einsicht zu bringen, daß nur in der Organisation unsere Interessen zu wahren sind. Darum, schließt Euch unserer Organisation an und agitirt für sie, so viel in Euren Kräften steht.

Brandenburg a. S. Der D. M.-V. bricht sich am hiesigen Orte immer mehr Bahn; die Zahl der Mitglieder ist vom Januar 1896 von 297 männlichen und 28 weiblichen auf 686 männliche und 97 weibliche, mithin in einem Jahre um rund 400 Mitglieder gestiegen. Die letzte Mitglieder-versammlung hat beschlossen, von jetzt ab alle 14 Tage regelmäßig Versammlung abzuhalten, um die Mitglieder über das heutige Wirtschaftssystem aufzuklären. Denn auch bei uns leben die Arbeiter nicht im Paradiese, trotz der günstigen Geschäftskonjunktur. — Nachdem einzelne Fabriken am Orte mit 10stündiger Arbeitszeit sehr gut besetzen, so muß man sich wundern, daß die Herren Gebr. Reichstein, welche die größte Fabrik am Orte haben, sich bisher nicht von selbst zur Einführung der 10stündigen Arbeitszeit entschließen konnten. Dagegen sehen sie darauf, daß die sich meldenden Arbeiter nur ja keine Krankheitsfehler besitzen oder aber gar das 40. Lebensjahr erreicht haben. Sollten etwa Entschuldigungen fallen, diese Voricht sei wegen der Krankenkasse, dann bemerken wir, den Arbeitern wäre es ganz gleichgültig, ob sie der Reichstein'schen oder der Fabrikarbeiter-Krankenkasse angehören. Würden noch mehrere Fabrikanten dieses System nachahmen, so könnten wir uns zum 40. Geburtstag einen Strick präsentiren lassen mit dem Zettel: „Vollständig ausgebeutet und reif zum Selbstmord.“ — Und hierin und in anderen Dingen in Brandenburg Wandel zu schaffen, ist unsere heiligste Pflicht und Schuldbigkeit. Also auf, Kollegen der Metallbranche, rüftet Euch, schließt Euch der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an. Gerade jetzt versuchen es die Hirsch-Dunder'schen Harmoniepußler Simpson zu fangen. Zeigt ihnen, auf welcher Basis von Heuchelei und Bauchruttscherei ihre Organisation beruht. Wie sieht es mit ihrem hiesigen Ortsverein aus? Sind es nicht die Hirsch-Dunder'schen gewesen, welche zu den Arbeitern in die Wohnungen gingen, um sie zum Streikbruch bei Liepe u. Breetz zu bewegen? Also, wo die Arbeiter besetzen wollen, machen sie es illusorisch. Darum, Metallarbeiter Brandenburgs, kommt zu uns in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Dresden. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 31. Januar im Saale des „Trianon“ statt. Kollege Haaf referirte über „Stellungnahme zur Generalversammlung des D. M.-V.“ Redner bekämpfte den vom Vorstand veröffentlichten Entwurf betr. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der sehr lebhaften Debatte sprachen sich sämtliche Redner aus verschiedenen Gründen gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Vom Kollegen Hoffmann wurden 2 Anträge eingebracht. Der erste fordert Einführung eines Streikkalenders über Anfang und Dauer der Streiks. Derselbe fand einstimmige Annahme. Der zweite Antrag fordert Wegfall der Reiseunterstützung und Erniedrigung der Beiträge. Jedoch entpuppte sich hierüber eine sehr lebhafteste Diskussion, daß ein Vermittlungsvorschlag des Referenten Annahme findet, wonach Hoffmann den Antrag zurückzieht und derselbe von Hoffmann und Genossen selbst an die Generalversammlung gerichtet wird. Zu Delegirten wurden die Kollegen Haaf, Gase und Reichard vorgeschlagen. Es wurde den Delegirten aufgetragen, gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu stimmen. Im „Gewerkschaftlichen“ vernies Kollege Weber auf die demnächst stattfindende Klempnerversammlung und forderte zu regem Besuch auf.

Forst N.-O. Anschließend an den Bericht in voriger Nummer bringen wir zur Kenntnis der Mitglieder, daß inzwischen dem Einberufer, sowie dem Leiter der öffentlichen Versammlung ohne jede Motivirung vom Oberführer Herrn Joseph Kindner von der Stadtbahn gekündigt wurde. Ob diese Maßregelung einer dreitägigen Krankheit oder der Versammlung zuzuschreiben ist, überlassen wir dem Urtheil der Kollegen. — Auch über Herrn Regulat sind uns Nachrichten zugegangen. Dieser Herr ist nicht nur Kassirer des Gewerkschaftsverbandes, sondern auch Mitglied des Kupfer-schmiede-Verbandes! Ein vielseitiger Herr.

Hannover. Die auswärtigen Kollegen werden denken, Hannover sei ein Eldorado erster Güte, aber dem ist nicht so. Denn Löhne von 10—12 M für Schloßer und 13,50 M für Feinmechaniker ist nichts Seltenes mehr. Sogar ältere und verheirathete Kollegen bekommen nur 18 M und darunter. Kommt man aber in die Versammlungen, so sind dieselben so schlecht besucht, daß man sich wirklich schämen muß vor dem erscheinenden Referenten. Da ist z. B. die Sektion der Mechaniker, zählt angeblich über 60 Mann, aber in der Versammlung sind höchstens 6—10 Mann anwesend, sogar der Schriftführer hält es nicht für nöthig, dajelbst zu erscheinen. Und gerade bei den Herren Feinmechanikern bleibt noch so viel zu thun übrig. Z. B. ist in der Telephonbauanstalt J. Berliner, Kniestr. 18, ein Werkmeister K., der bei seinen 36 Wochenlohn die Arbeiter mit Redensarten wie: „Großhauzner“, „Wajschweib“, „Galten Sie Ihr großes Maul“ usw. regaltirt. Derselbe ist auch Beisitzer bei dem Unfallschiedsgericht der Sektion der Berufsgenossenschaft der Feinmechaniker Braunschweig. Zu dieser Fabrik sind für ca. 70 Mann nur drei Klosets da, die aber, so lange die Bude besteht, noch nicht gereinigt wurden. Mit den Fenstern ist es auch so, Seitenfenster gibt es gar nicht, nur Oberlicht. Der Fußboden ist zementirt. Im Sommer ist in der Werkstatt eine Hitze zum Umfallen und im Winter eine Hundekälte. Da wundert sich der Ober, wenn die Leute krank werden. In der Fabrikordnung steht ein Paragraph, welcher ungefähr lautet: „Die Straf-gelder werden dem Arbeiterunterstützungsfond zugetheilt.“ Seit Beginn der Fabrik (Oktober 1895) ist von den Straf-geldern erst eine einmalige Abrechnung geliefert worden und zwar am 1. Juli 1896. Der Arbeiterauschuß, welcher nur aus zwei Mann besteht, kümmert sich auch nicht darum; die Arbeiter können zusehen, wo die Straf-gelder bleiben. Es sind noch weitere Mängel in dieser Bude. Und gerade hier, wo die Arbeiter etwas unternehmen könnten, scheitert der geringste Anlauf dazu an dem Indifferentismus der Feinmechaniker. Aber nicht nur hier ist es so, nein, bei den Schmieden, Klempnern und der allgemeinen Zahlstelle ist es

genau ebenso. Da wird immer geschimpft, der Verband taugt nichts und wir könnten doch nichts machen. Aber selbst mit Hand an das Werk legen, das fällt Niemanden ein, der Agitationskommission wird Alles zur Last gelegt. Darum fordern wir hier die Metallarbeiter von Hannover aus, endlich einmal aus ihrem Schlaf aufzuwachen. Das Beitragszahlen thut es nicht allein, sondern Ihr müßt auch die Versammlungen besuchen, um mitzurathen und zuzufahren. Besonders die älteren Kollegen fordern wir auf, wieder zu erscheinen.

Hamburg. Mitgliederversammlung des D. M. V. am 30. Januar. Zum ersten Punkt erklärt der Vorsitzende, daß es ihm nicht gelungen sei, in Hamburg einen Referenten zu bekommen, welcher für die Arbeitslosenunterstützung einträte; Genosse Kinnel-Hamburg würde über die Arbeitslosenunterstützung im Allgemeinen sprechen. Der Referent betont, daß er kein Freund der Arbeitslosenunterstützung sei, gibt einen Ueberblick der englischen Arbeiterbewegung. Die englischen Gewerkschaften haben nur 8-10 Prozent ihrer Einnahmen für Kampfszwecke gewidmet, während sie 90 bis 92 Prozent für Unterhaltungen verbraucht haben. Ihre Taktik hat sich aber in den letzten drei Jahren geändert. Die Gewerkschaften Englands haben eingesehen, daß sie auch auf politischem Gebiete die Macht erringen müssen. In Neuseeland wird die Arbeiterfrage auf politischem Wege geregelt. Auch in der Schweiz ist stellenweise die Arbeitslosenunterstützung vom Staate in die Hand genommen worden. Auch wir in Deutschland müssen dahin streben, daß die Arbeitslosenunterstützung vom Staate eingeführt wird. Durch eine prozentuale Einkommensteuer könnte dies ganz gut durchgeführt werden. Nur in einer Hinsicht würde die Arbeitslosenunterstützung von Nutzen sein, sie würde uns ein werthvolles statistisches Material liefern zur Analyse gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Die Regierung muß uns schützen gegen die Sünden der heutigen Gesellschaftsordnung. Kollege S. erklärt, daß wir mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine große Menge zweifelhafter Elemente in unsern Verband bekommen würden, welche nur den Verband ausnutzen, so lange etwas zu holen ist. Weiter gibt Redner zu bedenken, daß im Falle eines neuen Ausnahmegesetzes die sauer aufgebrauchten Gelder der Arbeiter unter einem nichtigen Vorwande mit Beschlag belegt werden würden. Die Gesellschaft hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein jeder Mensch seine gesicherte Existenz hat, ein Schritt dazu ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Nachdem noch ein Redner für und einer gegen die Arbeitslosenunterstützung gesprochen hat, wird dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es folgt sodann die Abrechnung vom 4. Quartal. Dieselbe ergibt eine Einnahme von 609,81 M., eine Ausgabe von 598,31, wovon 485,30 nach der Hauptkasse eingeschandt sind; jeßiger Kassenbestand 11,50. Die Jahresabrechnung für 1896 ergibt eine Einnahme von 2792,95 M., eine Ausgabe von 2781,25, darunter 213,20 für örtliche Verwaltung, bleibt der oben erwähnte Kassenbestand von 11,50 M. Die Mitgliederzahl bestand am Schlusse des 4. Quartals aus 298 Mann. — Kollege Gertha wird einstimmig als Kandidat aufgestellt. Ein Antrag an die Generalversammlung, den Prozentfuß für örtliche Verwaltungskosten auf 20 Prozent herabzusetzen, wird angenommen. — Die bisherigen Kartelldelegirten B. und H. werden wiedergewählt, als Ersatzmänner H. und W.

Leipzig. In der am 24. Januar abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referirte Genosse Zahn aus Berlin über die Bedeutung der Gewerbeberichte. Zum 2. Punkte erklären die Kollegen Adorf und Wappel, daß sie nicht in der Lage seien, einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit im Leipziger Gewerbebericht zu geben, da er von der Kommission noch nicht fertiggestellt sei. Es wäre vielleicht besser, in einer späteren Versammlung den Bericht zu hören und die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. Im Allgemeinen könne Kollege Adorf nur bemerken, daß er in der Hauptsache nur am hiesigen Gewerbebericht aussetzen habe, daß zu viel Vergleiche herbeigeführt worden sind, ohne daß die Besitzer hinzugezogen wurden. Als Besucher wurden die Kollegen Dreher Karl Böhme, Mechaniker Strecke, Schlosser Deutschmann, Gürtler und Gelbgießer Reide, Former Blume, Eisenhobler Rudolf, Dreher Blumenstein, Former Meyer und Klempner Kränkel vorgeschlagen. — In dieser Versammlung wurden noch besonders die Klempner sehr getadelt; trotzdem die Versammlung für sämtliche Berufs der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter einberufen war, sind nur 2 Klempner vertreten gewesen. Wenn auch dagegen nichts einzuwenden ist, daß sie die Werkstelleneingelassenheiten für sich regeln, so sollten doch in derartigen Versammlungen sämtliche Berufe vertreten sein.

Leipzig. In der öffentlichen Metallarbeiterversammlung vom 30. Januar in S.-Gohlis referirte Herr Schulze Leipzig zum ersten Punkt und schilderte in verständlicher Weise die Entstehung der englischen Gewerkschaften, die wir uns in Deutschland als Vorbild nehmen könnten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß die hiesigen Metallarbeiter einer Verbesserung ihrer Entlohnung bedürfen. Sie beauftragt das hiesige Agitationskomitee der Metallarbeiter, Schritte einzuleiten, um in nächster Zeit den Arbeitgebern Lohnforderungen unterbreiten zu können. Ferner versprechen die Anwesenden, Mann für Mann sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um den Arbeitgebern zu zeigen, daß die Solidarität der hiesigen Metallarbeiter erwacht ist.“ Bei Vertikalkausgelegenheiten entspann sich eine rege Debatte über das Verhalten des Drehmeister's Sudau in der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik in Gohlis, der in Lohnnachzügen und in Verhüllungsbehandlung nichts zu wünschen übrig lasse. — Die Adresse des Agitationskomitees der Metallarbeiter ist: Joh. Konrad Scheib, L.-Lindenau, GutsMuthsstr. 30. III.

Leipzig. In der Generalversammlung des D. M. V. der Zahlstelle Penney wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Joh. Schweinle als Bevollmächtigter, Paul Rahlke als Kassirer, Wämmier, Arlott und Eisenmann als Revisoren. Rahlke wurde als Delegirter zur Niederrheinischen Metallarbeiterkonferenz gewählt. Dann entspann sich eine Debatte über die Beitragserhöhung; es sprachen sich sämtliche Kollegen gegen eine solche aus, weil es in den kleineren Städten so schon schwer genug hält, bei den niedrigen Löhnen 20 S zu bezahlen, da die Kollegen in anderen Vereinen auch ihren

Verpflichtungen nachkommen müssen. Ferner wurde den Delegirten anheimgelassen, auf der Konferenz zu beantragen, daß in Hade vorm. Wald wieder eine Zahlstelle des D. M. V. zu errichten sei, weil an dem Orte in ein paar Wochen eine Fahrradfabrik mit 500 Mann in Betrieb gesetzt wird, sowie eine Schlittschuhfabrik in bestem Schwunge ist. Auch sind die dortigen Feilenhauer besser gestellt wie früher. — Nun hätten wir noch Einiges über unsere sehr geehrten Herren Kollegen zu erwähnen. Anstatt unsere Versammlungen zu besuchen, laufen sie allem möglichen Klimbim nach, ja, sie ziehen es sogar vor, in anderen Wirtschaften ihr Geld zu verzehren, namentlich werden solche vorgezogen, wo sog. Damenbedienung ist, statt das eine Lokal, das der Partei offen steht, zu besuchen, damit uns dieses nicht auch noch genommen wird. Die Kollegen von Hade v. W. werden auch angefordert, die Versammlungen besser zu besuchen und für unsere Sache zu agitieren.

Magdeburg. Eine Versammlung sämtl. Sektionen des D. M. V. für Magdeburg und Umgegend tagte am 30. Januar. Bei Besprechung der Anträge zur Generalversammlung entspann sich eine außerordentlich lebhafte Diskussion über die Vorschläge des Vorstandes betreffs Erhöhung der Beiträge auf 25 S für männliche und 10 S für weibliche Mitglieder u. Nach ca. 2stündiger Diskussion in der sich die Kollegen Rankau, Gräfe, Günther, Gärtner, Michael, Höfcher, Knauer und Vofß gegen, Nitich und Brandes für die Vorschläge des Vorstandes ausgesprochen, gelangte ein Antrag Rankau mit Majorität zur Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt die Arbeitslosenunterstützung für unannehmbar, da durch dieselbe der Verband nicht gestärkt werden kann, sondern den Mitgliedern dadurch nur neue Lasten auferlegt werden. Die Versammlung beauftragt die zu wählenden Delegirten gegen die Arbeitslosenunterstützung in der Generalversammlung zu stimmen.“ Ein Antrag, die Beiträge auf 25 S zu erhöhen, wird abgelehnt. Dahingegen wird ein Antrag Gärtner, Wegfall der Reiseunterstützung und Befassung der Beiträge, gegen 8 Stimmen angenommen. Zum Punkt 2, Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung, erklären sich die Kollegen Rankau und Michael bereit, eine eventuelle Wahl anzunehmen, nachdem Gärtner noch wünscht, daß künftig bei vorkommenden Generalversammlungen nicht vorher einzelne Filialen oder Sektionen schon Beschlüsse fassen, die den Beschlüssen der gemeinschaftlichen Versammlung zuwiderlaufen. Nachdem noch ein Antrag, die späteren gemeinschaftlichen Versammlungen an einem Sonntag stattfinden zu lassen, angenommen war, wurde die gut besuchte, aber auch von Zigarrenraucher nicht gefüllte Versammlung geschlossen.

Markranstädt. Am Montag (Datum?) fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Genosse Hähnich referirte über: Die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter und die Kulturbestrebungen. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: „Die Theilnehmer der heutigen Versammlung erkennen an, daß die Ausführungen des Referenten auch für Markranstädt zutreffend sind. Um die nothwendigen wirtschaftlichen Kämpfe zu Gunsten der Arbeiter führen zu können, verpflichten sich sämtliche Anwesende, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, und in ihrer Werkstelle Sorge zu tragen, die uns noch fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen.“ Zum zweiten Punkt ärgerte sich Kollege Studner über den Vorschlag des Hauptvorstandes auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag des Hauptvorstandes einverstanden.

Pries. In der Mitgliederversammlung des D. M. V. vom 6. Februar wurde bei der Besprechung der vom Hauptvorstand vorgelegenen Arbeitslosenunterstützung folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Hauptvorstand den diesbezüglichen Antrag gestellt, freut sich andererseits über den gesunden Sinn der Metallarbeiter, welcher durch die betreffenden Artikel in Nr. 5 der „D. M. V. Z.“ zum Ausdruck kommt.“ Dieselbe wurde einstimmig angenommen.

Rathenow. Am 30. Januar hielt die Sektion der Brillen- und Bügelarbeiter eine Mitgliederversammlung ab. Eine rege Diskussion fand über Anträge zur Generalversammlung statt. Ein Antrag, den Beitrag um 10 S zu erhöhen und die Arbeitslosenunterstützung auf 10 S pro Woche festzusetzen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag, den Beitrag auf 25 S zu erhöhen, ohne Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, um die Hauptkasse in den Stand zu setzen, mehr Mittel für Agitation und Lohnkämpfe verwenden zu können, abgelehnt. Schließlich wurde dem Antrag des Hauptvorstandes, betr. Arbeitslosenunterstützung, zugestimmt. — Unter „Verschiedenes“ kamen die Verhältnisse der Werkstatt von Aug. Schulze, Jägerstr., zur Sprache. Dieser Herr hat sich nicht geschämt, seinen Arbeitern die 30 S Zulage pro Duzend, die sie bei dem letzten Streik durch Vergleich auf dem hiesigen Gewerbeberichte erhielten, schon im Herbst wieder abzuziehen. Das Gleiche passirte jetzt dem Hedermacher. Das Verhalten der dort beschäftigten Arbeiter ist nun leider ein derartiges, daß die Verwaltung nicht im Stande ist, dagegen etwas zu thun. Wir machen aber unsere Kollegen darauf aufmerksam, diese Werkstatt zu meiden. Ebenso machen wir die Kollegen, welche Heder aus der Werkstatt von Meister Zemlin, verarbeiten, aufmerksam, daß deren Arbeiter aus dem Verband geschieden sind. Wir möchten nur noch die Kollegen auffordern, sollten irgendwo Abzüge oder sonst Nachtheiliges für die Arbeiter vorkommen, uns dieses sofort mitzutheilen, damit die Verwaltung die nöthigen Schritte dagegen thun kann.

Schwabach. In der am 7. Februar hier abgehaltenen kombinierten Mitgliederversammlung des D. M. V. wurde beschlossen, für eine Beitragserhöhung auf 30 S mit Arbeitslosenunterstützung einzutreten.

Zwidau i. S. In der am 7. Februar abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung stellte Zwickau einen Antrag, welcher dahin lautete, keine Reiseunterstützung mehr und auch keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen und den Beitrag von 20 S bestehen zu lassen. Der Antrag wurde angenommen.

Feilenhauer.

Hamburg. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind derartig gestellt, daß es nothwendig ist, dieselben

einmal an die Oeffentlichkeit zu bringen. In der Feilenhauerwerkstatt von Adam Metz wird bei 11stündiger Arbeitszeit 5 S pro Woche nebst Kost und Logis bezahlt. Dieser Meister bringt es fertig, von den Gesellen zu verlangen, daß die vergüteten Weihnachtsfeiertage durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit herausgebracht werden. (Persönliche Christlichkeit des Meisters!) Als ihm aber dieses nicht gelang, verlangte er von mir, daß ich nach Feierabend Sägespäne, meistens 5 und 6 Zoll, pro Stück 1 1/2 S ausfeilen sollte, wobei man pro Stunde auf 18 S kommt. Nach 11stündiger schwerer Arbeit für diesen Lohn sich noch abschieden sollen, ist doch etwas stark. Um nun diese Werkstatt in das beste Licht zu stellen, füge ich hinzu, daß es sich die Frau Meisterin zur Aufgabe machte, mir zu verlangen, die Schlafkammer reine zu machen. Diese Anordnung habe ich Sonntags bekommen, habe mich aber davor gehütet. Nun wurde mir gesagt, ich sollte aber auch gar nichts machen, der vorige Geselle hätte es auch gethan. Nun, von diesem war nicht mehr zu verlangen, als die so wie so traurige Lage noch zu verschlechtern. Das geht daraus hervor, daß derselbe im Mai 1895 in Leipzig zum zweiten Mal dem Verband beigetreten ist, sein Buch nach zwöchentlicher Mitgliedschaft hier in Hamburg bei der Ortsverwaltung zurückließ und daselbe bis jetzt noch nicht wieder verlangt hat. — Ich könnte noch mehrere Mißstände anführen, aber ich will es genug sein lassen. Darum, Verbandskollegen, Arbeitsgenossen, bleibt Hamburg fern, meidet die Metz'sche Werkstatt.

An die Metallarbeiter Thüringens!

Im Einverständnis mit der großen Mehrheit der Thüringer Zahlstellen berufe ich auf Sonntag, den 7. März, Vormittags 9 Uhr, nach Erfurt in's Restaurant „Kardinal“, Magdeburgerstr. 49, eine Konferenz für die Thüringer Metallarbeiter ein.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vertrauensmannes und Abrechnung.
 - 2. Die Generalversammlung, Arbeitslosenunterstützung u. c.
- Ich erlaube die Kollegen, selbst aus den kleinsten Filialen Delegirte zu entsenden. Was die Agitation betrifft, so muß ich erklären, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz so ziemlich eingehalten worden sind, bin aber ferner der Ansicht, daß unsere nächste Zusammenkunft die Verhältnisse so regeln wird, daß wir wohl bis zur demnächstigen Generalversammlung keine Konferenz brauchen werden. Aus diesen Gründen wünsche ich, daß alle Thüringer Filialen in Erfurt vertreten sind.

Mit kollegialem Gruß

H. Leber, Wenigenjena, Mezanderstr. 7.

Achtung! Metallarbeiter des westlichen Westfalens!

Die Verwaltungsstelle Witten des D. M. V. hat sich mit dem Ersuchen an den Unterzeichneten gewandt, noch vor der Braunschweiger Generalversammlung eine Konferenz der Metallarbeiter des westlichen Westfalens einzuberufen. Der Zweck dieser Konferenz ist aus folgender Tagesordnung, welche die Verwaltungsstelle vorläufig, ersichtlich.

- 1. Situationsbericht der Delegirten.
- 2. Wie heben wir unsere Verwaltungsstellen?
- 3. Arbeitslosenunterstützung.
- 4. Anträge zur Generalversammlung.
- 5. Verschiedenes.

Unterzeichnet er sucht nun die einzelnen Verwaltungsstellen des Verbandes, hierzu baldigst Stellung zu nehmen und ihm das Resultat sofort mitzutheilen. Als Ort zur Abhaltung der Konferenz ist vorläufig Witten a. d. Ruhr und als Zeitpunkt der 28. März vorgezogen.

Mit kollegialem Gruß

Heinrich Fleer, Dortmund, Heckenstr. 5a.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1897.

Einnahme: Kassenbestand vom Monat Dezember 1896 M 621 227,91. Von Altdorf 50. Alt-Buße 48. Arena 40. Altdorf 200. Altdorf II 100. Annweiler 56,57. Altdorf 50. Rue b. Durlach 100. Auerbach i. S. 8. Bantzen 51,94. Beed 100. Bergedorf 45. Berlin V 200. Berlin VI 200. Berlin VIII 400. Benndorf 30. Bielefeld 200. Bornheim 150. Böblingen 16,97. Bröslingen 50. Bruchsal 100. Bürgel a. M. 200. Castell b. Mainz 50. Coburg 40. Cöln-Süd 300. Cöln-Langerich 50. Cöln 67. Comweiler 40. Coswig 50. Dörftern 100. Derendorf 200. Dessau 100. Doos 100. Dresden-Mittstadt 300. Düsseldorf 100. Ehrenfeld 100. Eiselstadt 72,06. Eilpe 100. Eilerbeck 100. Erfurt 150. Eßlingen 100. Ettlingen 30. Friedrich i. S. 23,10. Friedrichsdorf 200. Jüda 180. Jülich 300. Gaggenau 100. Gassen-Zimmerfeld 50. Georgensgmünd 20. Gieswig 30. Gorbis 200. Grevenbroich 120. Groß-Zwönzheim 40. Güsten 100. Hagen 200. Halle a. S. 300. Hamburg i. Stadt 200. Hamburg-Nordendort 100. Hanteln 60. Hattlingen 36. Hausen b. Oßersachsen 100. Hentlingen 50. Hildesheim 80. Hochberg 50. Höchst a. M. 100. Horde 75. Hof 30. Jülich 100. Kalk 150. Kettwig 22,72. Kiel 100. Kirchdarm 50. Kirchheim u. T. 20. Klonske 100. Kokenau 207. Köpplingen 100. Landsberg a. S. 50. Langenfeld 35,10. Laubegau 150. Lehe 100. Leipzig 200. Liegnitz 150. Limburg 100. Lüt 100. Ludwigshafen 100. Magdeburg 100. Mainach 50. Mannheim-Neckar-Vorstadt 200. Meissen 100. Memmingen 100. Merz 100. Mülheim a. d. R. 100. Meisen 200. Neinstedt 50. Neu-Nienburg 50. Nienburg 100. Niederhainweide 50. Niesern 50. Nivves 80. Nürnberg 1160. Oerzrad 100. Oehringen 60. Oßersachsen 300. Pommern 33,50. Penig 70. Preungesheim 50. Rabenau 70. Reichenbach 20. Reichenichwand 50. Reiskirchen 50. Reidsberg 100. Roglau 20. Roth a. S. 150. Sankt 100. Schirbed 50. Schladen 30. Schlader 67,45. Schleswig 50. Schluttenbach 90. Schmandbruch 100. Schorndorf 20. Schwarmberg 50. Schweinfurt 200. Schwerde 400. Siegburg 200. Sieglar 58. Soest 23,23. Spandau 200. Speldorf 50. Stolberg Rhein-

Land) 50. Stollberg (Sachsen) 59,20. Straßdorf 57. Striegau 54,45. Thale a. S. 150. Treisdorf 100. Uffenhelm 75. Untergrombach 120. Wipf 100. Würde 34. Wolmühl 100. Wadgassen 120. Wehlbeiden 100. Weimar 100. Wertheim 50. Wolfenbüttel 50. Worms 150. Zeulenroda 100. Zündorf 60. Beitragsgeld 1 Mitglied 1. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 454,10. Zurückbezahletes Krankengeld 33,60. Vergütung an Porto 18,51. Zinsen 25,54. Sonstige Einnahmen 1. Summa 637 735,07.

Ausgabe: Nach Annen 150. Bayenthal 300. Bayreuth 100. Weindersheim 50. Bergehorb 50. Berlin 1 200. Bodewöhr 60. Bremen 100. Bries 50. Crumbach 30. Deuben 80. Dietrichsdorf 50. Dinkelsbühl 150. Dresden-Neustadt 200. Eiringhausen 100. Elbing 100. Eller 100. Enningen 100. Glensburg 100. Frankfurt a. O. 50. Geestemünde 100. Glashütte 60. Glösa 80. Gummersbach 100. Hamburg-St. Georg 100. Hamburg-St. Pauli 150. Harburg 180. Heerde 60. Heideisheim 60. Henslingen 50. Humboldt-Kolonie 100. Jherlohn 50. Kleefeld 50. Königshofen 100. Laar 180. Landsberg a. d. W. 180. Lindenthal 100. Lüdenscheid 100. Memel 50. Merscheid 100. Münder i. S. 30. Niehl 50. Nordhausen 50. Oberhilt 100. Oberkernw. 75. Oberwebern 100. Oshausen 100. Ratibor 200. Ricklingen 100. Rintheim 100. Rodentkirchen 100. Roesrath 100. Schöneberg 100. Schweidnitz 50. Söllingert 50. Staffort 100. Trichenreuth 50. Waldschaff 70. Werbau 50. Werne-Kolonie 50. Weis 100. Krankengeld an: C. Bertram, Birmahns 71,40. G. Borge-meister, Horst-Emischer 37,95. H. Bruns, Göttingen 14,70. M. Girards, Malberg 46,20. G. Holland, Heinrichs i. Th. 14,70. Th. Jarand, Eche 50,40. J. Koringebel, Oechen 39,60. J. Kres, Böhlingen 35,70. G. Niehl, Hückersdorf 50,40. J. Siebig, Schönbrunn 33,60. M. Müller, Bucha 9,90. C. Neumann, Pöhlentein 39,60. R. Schmitt, Rommerz 35,70. H. Seibel, Niederlaasphe 12,50. W. Unzer, Reichenbach i. Schl. 27,80. Beerdigungsgeld für C. Gronert-Merseburg 40,60. Gehalt an die Beamten der Hauptverwaltung 205. An den 2. Vorsitzenden C. H. Brand für 2 Mal nach St. Georg 1,50. Mantelgeld des Hauptkassiers 10. 500 000 Quittungsmarken 250. Druckfachen 135. Porto. Schreibmaterial usw. 311,82. Summa 8027,57.

Bilance.
Einnahme 637 735,07
Ausgabe 8 027,57

Kassenbestand 4 629 707,50.
C. Butenuth, Hauptkassier.

Zur Notiz!

Den Bestellern von Protokollen über den letzten internationalen Metallarbeiter-Kongress zur Kenntnis, daß ich noch nicht im Besitze der Protokolle bin, in Folge dessen auch nicht liefern konnte. Ich habe bei dem Genossen Hobson-Sheffield mich nach dem Grund der Verzögerung erkundigt und werde Näheres mittheilen, sobald ich Bescheid erhalten habe.
Fürth, 11. Februar 1897.
M. Seyth.

Erklärung.

In der Nr. 4 der „D. M.-Z.“ ist ein Artikel von einer öffentlichen Formerversammlung aus Leipzig enthalten, aus welchem zu entnehmen ist, daß der Formere Seiler aus Erfurt erklärt hat, der Metallarbeiter-Verband hätte Streikbrecher geliefert. Sollten diese Ausführungen, wie wohl zu vermuten ist, sich auf die Erfurter Zahlstelle beziehen, so erkläre ich dieselben als un wahr.
Franz Fahrenkamm,
Obmann des Gewerkschaftskartells Erfurt.

Bekanntmachung.

In dieser Woche werden die in Aussicht gestellten Fragebogen ausgegeben und ersuche ich die Kollegen in der Kreis-hauptmannschaft Leipzig, selbige sofort in den angegebenen Fabriken und Ortschaften ausfüllen zu lassen und sie so schnell als möglich an meine Adresse zurückzusenden.
Karl Böhm,
Korrespondent für den Bezirk Leipziger Kreishauptmannschaft.

Ortsverwaltungen.

welche noch Exemplare von Nr. 3 dieses Jahres vorrätig haben, werden hiemit ersucht, selbige an uns retour zu senden.

Die Expedition.

Briefkasten.

Nr. 101, Berlin. Wenn Ihnen das Logis monatlich angeboten wurde, sind Sie nicht verpflichtet, das jetzt Geforderte zu bezahlen.
Düsseldorf, E.-Quedlinburg, V.-München u. A.: In nächster Nummer, weil in dieser unmöglich.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Sonntag, 21. Febr., Vorm. halb 10 Uhr bei Kohn, Reuthstraße 21 großer Saal. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. Arbeitsnachweis. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Berlin. Bezirks-Versammlungen: **Hirsdorf**. Dienstag, 2. März, Abds. halb 9 Uhr, in den „Viktoria-Sälen“, Hermannstr. 49. Vortrag des Kollegen Haber über: Der Staat und die Arbeiter. — **S.-O., Gölthener Viertel**. Mittwoch, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kautzner, Oranienstr. 180. Vortrag. — **Wedding und Grania-burger Vorstadt**. Mittwoch, 3. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Knaabe, Colbergerstr. 23. Vortrag des Kollegen Gros-

westh über: Elektrizität. — In allen Versammlungen Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Braunschweig. (Sektion der Klemptner.) Sonnabend, 20. Febr., im „Bayerischen Hof“, Vortrag über: Wahre und falsche Sittlichkeit. Referent: Dr. Böckel. Delegirtenwahl.
Braunschweig. (Sektion der Schlosser etc.) Sonnabend, 27. Febr., Vortrag über Aktumulatoren. Die Anträge zur Generalversammlung. Das Resultat der Delegirtenwahl.
Bremerhaven. Sonnabend, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr.
Caussatt. (Sektion der Formier.) Samstag, 20. Febr., bei W. Bäuerle, Hallstr. Delegirtenwahl.
Crimmitschau. Sonnabend, 20. Febr., kein Zahlabend. Dafür Sonntag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr bei Ahnert.
Delitzsch. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, in G. Fröde's Gasthaus. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Dessau. Sonnabend, 27. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Müller, Friedhofstr. 14. — Unsere Versammlungen finden regelmäßig Sonnabends vor dem 1. und 15. eines jeden Monats statt.
Erlangen. Am 27. Febr. bei Schnapp („Deutscher Hof“). Delegirtenwahl. Anträge zur Generalversammlung.
Forst, H.-L. Sonnabend, 20. Febr., Abds. halb 9 Uhr. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 20. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Grünen Wald“, Altheringstr. 26b im Hofe rechts. Vortrag über Röntgenstrahlen. Wahl zweier Delegirten zur Generalversammlung. — Retirende Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
Gassen. Sonnabend, 20. Febr., Abds. halb 9 Uhr, Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Grabow a. d. O. Dienstag, 23. Febr. im Hotel zum „Stern“. Vortrag des Kollegen Kunze. Stellungnahme zur Generalversammlung. Delegirtenwahl.
Hannover. (Sektion d. Klemptner.) Montag, 22. Febr., Abds. halb 9 Uhr im „Ballhof“.
Hamburg-St. Georg. (Sektion der Schlosser.) Am 22. Febr., Abds. halb 9 Uhr bei Herrn Hommel, Ede Nagelsweg und Albertstr. Vortrag von Franz Friedrich. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Harburg. Sonnabend, 27. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Süßenhop 1, Bergstr. Vortrag.
Heilbronn. Samstag, 20. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Hole“. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Schmiedt. Sonnabend, 27. Febr. Vortrag über den Bau von Zunderöfen und die Zunderfabrikation.
Kalk a. Köln. Samstag, 20. Febr., Abds. 9 Uhr, bei Heufeshoven, Hauptstr. Bericht von der Konferenz. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 20. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalnbach. Delegirtenwahl. Vortrag.
Karlsruhe. (Sektion der Bauhölzer.) Sonntag, d. 28. Febr., Vorm. halb 10 Uhr in der „Fortuna“.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 21. Febr., Vorm. 9 Uhr, in der „Eiche“, Augustenstraße. Stellungnahme zur sehr wichtigen Arbeitszeit.
Limbad. Sonntag, 21. Febr., Nachm. halb 3 Uhr im „Johannesbad“. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Liegnitz. Am 27. Febr. im „Preussischen Hof“. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. — Die Bibliotheksbücher sind zu wechseln. — Die Retirenten werden an ihre Pflichten erinnert.
Linden. Mittwoch, 24. Febr., Abds. halb 9 Uhr in der „Neuen Welt“, Davenstedterstr. 69.
Nordhausen. Sonnabend, 20. Febr., Abds. 8 Uhr. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. Vorstellung des Dr med. C. Schulze. Bericht der Gewerkschaftsdelegirten. — Die Mitglieder, welche sich im Rückstande befinden, werden aufgefordert, ihre Pflicht zu erfüllen.
Nürnberg. (Allg.) Samstag, 6. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Herzog, Reuthstr.
Nürnberg. (Sektion der Maschin u. v. B.) Samstag, 27. Febr. im „Goldenen Mörser“. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Offenbach. Montag, 22. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im Saale zur „Stadt Heidelberg“. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Pforzheim. Samstag, 20. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Löwen“. Delegirtenwahl und Stellungnahme zur Generalversammlung. — Programme zur Abendunterhaltung am 28. Febr. werden im Vorverkauf abgegeben.
Rathenow. (Sektion der opt. Eisenarbeiter.) Sonntag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr, bei Rehsfeld, Jägerstraße 14. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
Remscheid. Sonntag, 27. Febr., Nachm. halb 6 Uhr, bei Sannwendahl. Bericht von der Konferenz. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. — Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden 2. Sonntag im Monat statt.
Stuttgart-Öhrim. Samstag, 20. Februar in der „Linde“ in Gablberg.
Wolfsbittel. Sonnabend, 13. März, in der „Domstube“.
Zittau. Sonnabend, 27. Febr., bei Hermann. — Die Mitglieder, welche die Bibliotheksbücher länger als 6 Wochen im Besitze haben, wollen dieselben mitbringen.

Basel. Vor dem Spengler Häring, der hier Unter-schlagungen gegenüber dem Metallarbeiterverband verübte, wird gewarnt. Er reist mit einem deutschen Verbandsbuch und ist aus Norddeutschland. Näheres unbekannt. Nach-sichtigen über Häring an den Metallarbeiterverband Basel, Gasthaus zur „Blume“.
Berlin. Der Schlosser Emil Freber, angeblich nach Frankfurt a. M. abgereist, wird ersucht, die Schlosserlinie Nr. 43, gefesselt „D. Richter“, umgehend nach hier ein-zusenden. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, den Ver-treffenden darauf aufmerksam zu machen.
Ortsverwaltung Berlin.
Braunschweig. (Schlosser, Klemptner etc.) Sonn-tag, 21. Febr. im „Hofjäger“, Winterberggäßchen. Diejenigen wie auswärtige Metallarbeiter sind freundlichst eingeladen.
Caussatt. (Sektion der Formier.) Sonntag, 11. Febr., Nachm. 3 Uhr, Familienunterhaltung im großen Saal des „Wuppischen Hof“, Konzer- und Theater, von 5 Uhr an Tanz. Eintritt frei. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Dessau. Der Vertrauensmann Friedrich Domack, Klemptner, wohnt Analienstr. 39, II. — Die Reiseunterstüt-zung wird Abends von 7—9 Uhr bei Müller ausbezahlt.
Hamburg. Sitzung des Zentralwahlkomitees am Donnerstag, 25. Febr., Abds. halb 8 Uhr, bei H. Kahns, 1. Friedrichstr. 38. St. Pauli. Mitglieder haben Zutritt.
Helmstedt. Die Beiträge werden jetzt durch den Zei-tungs-Holporteur eincolliert. Es wird um pünktliche Entrich-tung ersucht. Die Zeitung wird stets am Sonntag Vor-mittag ausgetragen.
Karlsruhe. (Bauhölzer.) Samstag, 27. Februar, Abendunterhaltung in der „Fortuna“.
Nürnberg. (Allg. Zahlstelle.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von nun ab Herr F. Stauffer Hummelsteiner-weg 16, II als Einkassierer aufgestellt ist. Mitglieder, welche beim Einkassiren übersehen werden, wollen dieses sofort dem Bevollmächtigten Karl Breder, Ludwig Feuerbachstr. 27 oder Herrn Stauffer mittheilen.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Der Kesselschmied Theodor Dahn, geb. zu Hamburg am 19. Dezbr. 1875, wird um Angabe seiner Adresse, bez. Uebersendung seines Ersparbuches, ersucht.
Offenbach. Die Adresse des Bevollmächtigten Ludw. Donges ist: Gustav Adolfsstr. 44).
Zittau. Der Schlosser Karl Engler, B. Nr. 112 316, wird aufgefordert, das entlehene Buch zurückzusenden.

Freie Vereine.

Höveln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 27. Febr., auf der „Muldenterrasse“ Diskussion über wirth-schaftliche Tagesfragen.

Öffentliche Versammlungen.

Dresden-A. Sonntag, 28. Febr., Vorm. punkt 11 Uhr im großen Saale des „Trianon“, öffentliche Metallar-beiter-Versammlung. Bepredung der Anträge zur Generalversammlung.
Gaggenau-Rothensfels. Samstag, 20. Febr., Abds. 8 Uhr, öffentliche Versammlung, im „Hirsch“ in Rothensfels. Die Nothwendigkeit und die Aufgaben der Organisation. Referent: Kollege Köhler-Berlin.
Heidelberg. Sonntag, 21. Febr., Vorm. halb 10 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Hiel. Dienstag, 23. Febr., Abends punkt halb 9 Uhr bei Ahrends, Alte Reihe 8, öffentliche Klemptnerver-sammlung. Die Lohnforderung der hiesigen Klemptner.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M.-V. werden er-sucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter An-gabe der Gründe zu melden.

Nachruf.
Am 8. Februar verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Dreher
Paul Bschau [51
an der Proletarierkrankheit. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Die Einzelmitglieder des D. M.-V. in Würzen.

Höveln. In dem in Nr. 7 enthaltenen Nachruf soll es statt Otto Hof Otto Bohr heißen.

Tüchtiger Feilenhauer
sofort gesucht von
25] **Fritz Lämmerhirt, Mainz.**
2 Feilenhauer,
welche alle Sorten gut hauen können, für dauernde Arbeit
sofort gesucht von
53] **Louis Vogt, Basel (Schweiz)**
Erinbadgäßlein 30.
3-4 Feilenhauer für dauernd gesucht.
54] **Val. Mijchel, Darmstadt.**
Ein **tüchtiger Feilenschleifer** für Stiefelschleiferei bei
hohem Lohn und dauernder Beschäftigung zu sofortigem
Eintritt gesucht.
55] **A. Lunk, Schleif- und Poliranstalt,**
Hamburg.
Suche einen **Feilenhauergefellen** sofort.
56] **Adolph Geißler, Feilenhauermeister,**
Schweinfurt.
Der Formier **Gustav Hermann Thiel** aus Posen
wird ersucht, mir seine Adresse mitzutheilen. [60
Otto Rosentreter, Berlin, N. Reinickendorferstr. 19.
Ein **tüchtiger, auf Glockenarbeit** eingeschlifer
Glockengießer findet sofort **dauernde** Beschäftigung bei
gutem Lohn. Erhalten an die Exped. ds. Bl. [45
2 tüchtige Feilenhauer auf große und mittl. Arbeit
sucht
48] **Ferd. Bach, Feilenhauermeister,**
Menden i. Westfalen.
Im Falle der Schlosser **Otto Sauer** von Ludwigsburg
noch am Leben ist, wolle er seine Adresse unverzüglich senden
an Frau **Luise Erber, geb. Sauer, v. Adr.: August**
Erber, Feilenhauermeister, Dillstein (Baden). [35
Ein **tüchtiger Feilenschleifer** auf große Akford-
arbeit kann bei gutem Lohn dauernde Stellung erhalten.
Neigeld wird vergütet. **Herrn Saungart, Feilenhauer-**
meister, Guben. [33
Ein **Selbstgießer** für Guß und Schraubstock (große
Arbeit) wird zum sofortigen Eintritt gesucht.
32] **W. Caplick u. Sohn, Senftenberg N.-L.**